

Politische Berichte

NATO-Sicherheitskonferenz in München



Demonstrationsverbot und Proteste



Konjunktur: Im Schlepptrai der Militärwirtschaft?

3

Stoibers Denkmuster: Ein Mann mit Profil



4



PKK-Parteirat beschließt Einstellung der Arbeit innerhalb von EU und Türkei

7

Abschlussdokument Porto Alegre: Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung ungebrochen



20



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: ph@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60, Sozialabo: 33,80. Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

EUROPARAT KRITISIERT ABSCHIEBEPRAKTIKEN. Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat die 43 Mitgliedsstaaten zu einer sofortigen Einstellung von menschenunwürdigen und die Menschenrechte verletzenden Praktiken bei der Abschiebung aufgefordert. Die Versammlung sprach sich für ein grundsätzliches Verbot von willkürlicher und unverhältnismäßiger Gewalt aus und nannte dabei eine teilweise oder vollständige Behinderung der Atemwege, die Knebelung mit Klebeband, die Verwendung von Gift- und Reizgas, die Verabreichung von Beruhigungsmitteln, jede Form der Fesselung außer an den Handgelenken sowie das Tragen von Masken durch begleitende Beamten. Im Bericht des Europarats wird auf den deutlichen Anstieg von Menschenrechtsverletzungen bis hin zu lebensbedrohender Gewalt hingewiesen. Soweit die Fälle bekannt wurden, kamen zwischen 1991 und 2001 13 Menschen bei ihrer Abschiebung aus Deutschland (vier Personen), Belgien (zwei), der Schweiz (zwei), Österreich (zwei), Frankreich, Italien und Großbritannien (je einer) zu Tode.

AUSLIEFERUNGSBEGEHREN. In ihrer Antwort auf eine PDS-Anfrage hat die Bundesregierung jetzt bestätigt, dass die Türkei die Auslieferung zahlreicher kurdischer Oppositioneller wünscht. Dazu die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke: Der türkische Innenminister Yücelen hat bei seinem jüngsten Treffen mit Schily im Dezember im Zusammenhang mit der Diskussion um eine Auslieferung des so genannten „Kalifen von Köln“, Metin Kaplan, dem Bundesinnenminister eine Liste mit insgesamt 155 Personen übergeben, die an Ankara ausgeliefert werden sollen. Das hat die Bundesregierung jetzt auf meine Anfrage bestätigt. Auf der türkischen Liste befinden sich laut Bundesregierung offenbar vornehmlich kurdische Flüchtlinge und Exilpolitiker, die von der Türkei wegen angeblicher Mitgliedschaft in der PKK gesucht werden. Zu einer pauschalen Ablehnung solcher Massenauslieferungen an die Türkei scheint die Bundesregierung aus Rücksicht auf den NATO-Verbündeten in Ankara nicht bereit: „Jedes Auslieferungsersuchen wird einzelfallbezogen und sorgfältig geprüft“. Lediglich bei einer drohenden Todesstrafe soll keine Abschiebung stattfinden. Wie großzügig bei Auslieferungsersuchen trotz aller Menschenrechtsverletzungen in der Türkei verfahren wird, zeigt die Statistik solcher Verfahren in den letzten zehn Jahren. Danach hat die Türkei von 1992 bis 2001 insgesamt 186 förmliche Auslieferungsersuchen an Deutschland gestellt. In 75 Fällen wurde dem türkischen Auslieferungswunsch entsprochen, in 75 anderen Fällen wurde er abgelehnt. 36 Anträge sind noch nicht entschieden. Eine Aufschlüsselung dieser Verfahren auf politisch begründete Auslieferungsanträge

und auf Kriminalitätsdelikte liefert die Bundesregierung nicht. Die 155 neuen Auslieferungswünsche, die von Ankara jetzt vorgebracht wurden, sind also fast genauso viele wie in den letzten zehn Jahren zusammen.

NATO-OSTERWEITERUNG. (hib) Für einen Nato-Beitritt Sloweniens, der Slowakei, Bulgariens, Estlands, Litauens, Lettlands und „nach Möglichkeit“ Rumäniens soll sich die Bundesregierung stark machen. Darauf dringt CDU/CSU-Fraktion in einem Antrag (14/8100). Anlass für einen entsprechenden Vorstoß bietet aus Sicht der Unionsfraktion der Nato-Gipfel im Herbst 2002. Die Parlamentarier begründen ihren Initiative mit beachtlichen Erfolgen auf dem Weg politischer und wirtschaftlicher Reformen in den genannten möglichen Beitrittstaaten. Auch heben sie die Bedeutung einer um Bulgarien und Rumänien erweiterten NATO für den krisengeschüttelten Balkan als einen spürbaren Stabilitätsgewinn hervor und betonen, dass diesen Ländern mit Blick auf die Verbindung zur Türkei sowie auf Grund der gemeinsamen Grenze zwischen Rumäniens und der Ukraine eine herausgehobene geostrategische Bedeutung zukomme. Deutschland sollte aus eigenem Interesse auch bei der schrittweisen Fortsetzung der NATO-Erweiterung eine Führungsrolle übernehmen, heißt es weiter.

VON 630 DM ZU 630 €. Die FDP bringt sich ihrer Klientel in Erinnerung: Es müsse endlich möglich sein, „Bügelhilfen“ und „Kinderbetreuerinnen“ sozialversicherungs- und steuerfrei zu beschäftigen. Daher solle die Geringverdienergrenze von bisher 325 € (630 DM) auf 630 € angehoben werden. Die erklärte Absicht: der Niedriglohnbereich müsse in der Bundesrepublik endlich ausgedehnt werden. Nun kann man bestimmt viele Einwände gegen die Besteuerung und die hohe Versicherungslast für niedrige Einkommen finden, wenn aber nicht gesagt wird, dass z.B. durch eine Grundsicherung hier für soziale Absicherung gesorgt wird, dient das tatsächlich nur der Dienstbotenrekrutierung für die Besserverdienenden.

DESERTEURE REHABILITIERT. Am 30.1. fand auf Verlangen der PDS eine Beratung statt, warum im Rechtsausschuss auf Betreiben der SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Behandlung des PDS-Antrages zur Aufhebung der nationalsozialistischen Unrechtsurteile gegen Deserteure immer wieder seit Mai 2001 hinausgeschoben wurde. Unmittelbar vor dieser Debatte und damit quasi in letzter Minute kündigten beide Parteien nun eine eigene Gesetzesinitiative an. Der Druck der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz mit ihrem engagierten Vorsitzenden, dem Deserteur Ludwig Baumann, und die parlamentarische Initiative der PDS haben sich gelohnt.

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Im Schlepptau der Militärwirtschaft?

Im November 2001 hatte der Sachverständigenrat zur weiteren Konjunkturentwicklung das Prinzip Hoffnung ausgegeben, denn auf einen Abschwung folge auch wieder ein Aufschwung. Als Rahmenbedingungen für das Hoffnungsprinzip nannte er: „Die konjunkturelle Lage und die wirtschaftlichen Aussichten haben sich in diesem Jahr weltweit verschlechtert. Die drei großen Wirtschaftsräume befinden sich gleichzeitig in einer kritischen Lage: In den Vereinigten Staaten kam es zu der befürchteten harten Landung, in Japan ist kein Ende der nun schon elf Jahre dauernden Stagnationsphase abzusehen, und in der Europäischen Union entwickelt sich die Binnen-nachfrage weit schwächer als im Vor-jahr.“ (Gutachten Sachverständigenrat 2001/2002)

Jetzt, drei Monate später, sehen alle Konjunkturprognosen, ob von Wirtschaftsforschungsinstituten oder Banken, zwar positive Konjunkturindikatoren, aber: Erstens variieren die angenommenen Wachstumsprognosen für 2002 zwischen 0,7% und 1,3%, zweitens steigt die Zahl der Arbeitslosen weiter, jetzt auf rd. 4,3 Mio., drittens werden die Gründe für ein Ausbleiben der Konjunkturbelebung auch schon bei den Lohnforderungen der Gewerkschaften ausgemacht, und viertens gründet sich die ganze Aufschwungshoffnung hauptsächlich auf die Entwicklung der US-Wirtschaft – deren Ankurbelung aber soll durch weitere gigantische Militärausgaben vonstatten gehen. Ein vergleichbarer Weg aber ist der Regierung Schröder durch die EU-Stabilitätskriterien verbaut, nach denen u.a. die Neuverschuldung nicht mehr als 3% des Bruttoinlandsprodukts betragen darf, was die Regierung mit derzeit geplanten 2,7% fast erreicht hat.

Der „Earlybird“ der Commerzbank oder andere Frühindikatoren, die ihre Kennziffern aus einer Mischung von wirtschaftlichen Entwicklungsdaten und „Stimmungsbarometern“ beziehen, hängt also an fragwürdigen Flügeln.

US-Wirtschaft

Vom Besuch des Kanzlers in Washington berichtet die „Wirtschaftswoche“: „In der vergangenen Woche beim Besuch in Washington wagte der Kanzler wieder einen Konjunkturausblick und ortete ‚hoffnungsvolle Zeichen für einen neuen Aufschwung‘. Von der bevorstehenden wirtschaftlichen Erholung in den USA werde auch Deutschland profitieren.“ (Wirtschaftswoche v. 7.2.02)

Am Rande des Weltwirtschaftsforums, das in diesem Jahr in New York

und nicht mehr in Davos stattfand, tönte US-Finanzminister Paul O’Neill großspurig, er könne in der hohen Staatsverschuldung und dem hohen US-Leistungsbilanzdefizit (vereinfacht: mehr Import als Export) keine Wachstumsbremse sehen. O’Neill: „Solange wir in den USA dem internationalen Anlage suchenden Kapital in den jeweiligen Risikoklassen die höchsten Renditen bieten, so lange brauchen wir uns über unser Leistungsbilanzdefizit, wie groß immer es sein möge, keine Sorgen machen.“ (Zitiert nach Profil Nr.7, v.11.2.2002)

Der Garant dieser Renditen ist der US-Staat, und der betreibt unter der Regierung G.W. Bush eine kreditfinanzierte „Nachfragepolitik“, allerdings eine staatliche Nachfrage nach Militärgütern, nur vergleichbar mit den 80er Jahren und Reagans Militärexpansion. Über 10 Jahre hinweg ist das US-Staatsdefizit ständig gesunken. Jetzt wird der Trend umgekehrt. Nach den jüngsten Budgetplänen der Regierung wird die staatliche Kreditaufnahme 2003 netto mehr als 100 Mrd. \$ erreichen. „Amerika lebt über seine Verhältnisse“, beschreibt Morgan-Stanley-Chefökonom Stephen Roach das Problem. Nach seinen Schätzungen wird das US-Leistungsbilanzdefizit 2003 auf sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen.“ (Financial Times Deutschland, 8.2.2002) Mit 379 Mrd. Dollar enthält der neue amerikanische Haushalt die größte Erhöhung des Militäretats seit Ronald Reagan. Dieser Militärhaushalt ist so groß wie die Militärhaushalte der in der Rangfolge ihrer Militärausgaben folgenden 15 Staaten zusammen. (z.B. Deutschland 21 Mrd. Dollar, Frankreich 25 Mrd.,

Großbritannien 34 Mrd.)

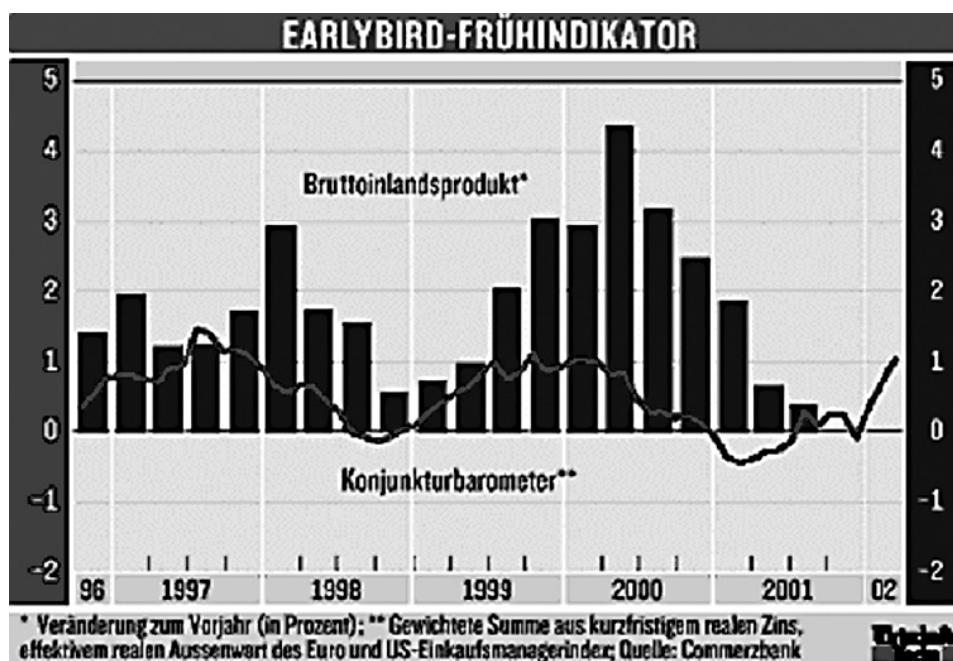
Abhängigkeit über den Export von Investitionsgütern

Im Jahre 2000 betrugen die deutschen Ausfuhren fast 600 Mrd. Euro. 427 Mrd. davon waren im statistischen Sinne „Endprodukte“.

In seinem *Wochenbericht* 1-2/2002 untersucht das DIW-Institut Berlin die wachsende Abhängigkeit der Investitionszyklen in der Bundesrepublik von denen der USA und kommt zu dem Ergebnis, dass diese sich verstärkt. Verklausuliert kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass nur eine geänderte Wirtschaftspolitik diese Abhängigkeit mindern kann. Weil die Ausführungen auch für die gewerkschaftliche Politik von Interesse sind, zitieren wir eine längere Passage:

„Offensichtlich sind im vergangenen Jahr bei der Beurteilung der konjunkturrellen Entwicklung weltweit, so auch in Deutschland, wesentliche Faktoren falsch eingeschätzt worden. Insbesondere die Investitionen haben sich erheblich schlechter entwickelt als vorhergesagt. Warum haben die Unternehmen ihre Rentabilitätserwartungen so stark zurückgeschraubt?

Eine mögliche Erklärung für die stark zurückgenommene Einschätzung liegt darin, dass die Eintrübung der Konjunkturerwartungen in den USA synchron die Erwartungen auch in Deutschland gedrückt hat. Die Unternehmen könnten angenommen haben, dass ein Konjunkturabschwung in den USA gleichsam automatisch auf Deutschland übergreifen werde ...



In solch einem über Güter- und Kapitalaustausch eng verflochtenen Umfeld sind auch die Folgen von Schocks global. Eine Rezession in einer so bedeutenden Volkswirtschaft wie den USA überträgt sich dann nicht nur über die Gütermärkte in Gestalt nachlassender Exporte, sondern auch über die Kapitalmärkte durch eine niedrigere Bewertung des Eigenkapitals auf den Aktienmärkten. Angesichts dieser „Abwertung“ erhalten diese Unternehmen von den Finanzmärkten nicht nur weniger Eigenkapital, sondern auch weniger Fremdkapital, und zwar selbst dann, wenn erwartungsgemäß im Zuge der Rezession die Zinsen für Fremdkapital sinken.

(...)

Die Antwort auf Basis der ökonometrischen Analysen fällt eindeutig aus. Die Ergebnisse zeigen über den gesamten Untersuchungszeitraum einen klaren Zusammenhang zwischen den Frühindikatoren für Deutschland und denen für die USA (1982:01-2001:09). Darüber hinaus weisen die ökonometrischen Schätzungen für verkürzte Zeiträume darauf hin, dass sich der Zusammenhang seit Mitte der 90er Jahre deutlich verstärkt hat. Daraus folgt, dass konjunkturelle Entwicklungen in bedeutenden Wirtschaftsregionen zunehmend rascher auf andere Wirtschaftsräume übergreifen, wenn man die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und Deutschland als exemplarisch ansieht. Dieser Befund wurde für den Zeitraum 1994 bis 2001 ermittelt, in dem allerdings keine asynchronen Schocks auftraten, die – wie sich gerade zu Beginn der 90er Jahre zeigte – durchaus zu einem divergierenden Zyklus führen können. Daraus kann freilich nicht ein Automatismus zu einer synchronen Entwicklung abgeleitet werden. Nur unter der Voraussetzung, dass keine stark gegenläufigen Einflüsse – z. B. von der Wirtschaftspolitik – wirksam sind, kann also unter den Bedingungen der Globalisierung mit synchron verlaufenden Investitionszyklen gerechnet werden. Für die Konjunkturprognose ist dabei von Bedeutung, dass sich die verstärkenden Effekte auch im Aufschwung bemerkbar machen müssten.“

Nur wenn keine gegenläufigen Einflüsse wirksam werden, kann mit synchronen Investitionszyklen gerechnet werden, so der DIW-Bericht. Anders ausgedrückt, es müssen gegenläufige Einflüsse wirksam werden, damit die Abhängigkeit der Konjunkturentwicklung in Europa von den über Militärinvestitionen gestützten Investitionszyklen der USA gemindert werden kann.

Solche gegenläufigen Einflüsse in Richtung eines mehr Binnenmarkt gestützten Wachstums würden zweierlei bedeuten: stärkere Binnennachfrage und relativ zu den Investitionsgütern stärkere Produktion von Konsumgütern.

Insofern also gute Gründe für die aktuellen Lohnforderungen.

Staatshaushalt: Sollen die „Sozialausgaben“ wachsenden Militärausgaben geopfert werden?

In der Reihe *Weltwirtschaft*, 4/01 schreibt das Kieler Weltwirtschaftsinstitut:

„Hohes Budgetdefizit – Schuldenstand bei 60 Prozent. – Das Budgetdefizit der Gebietskörperschaften dürfte im Jahr 2001 in finanzieller Abgrenzung 90 Mrd. DM betragen haben; ein Jahr zuvor hatte sich (ohne die Einnahmen aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen in Höhe von 99,4 Mrd. DM) ein Fehlbetrag von 66 Mrd. DM ergeben. Die Ausweitung des Defizits im Jahr 2001 resultierte aus vielen – teils gegenläufigen – Effekten. Die konjunkturbedingten Mehrausgaben betrugen 2 Mrd. DM, die konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen 10 Mrd. DM. Die Steuerreform brachte – im Vergleich zum Aufkommen bei unverändertem Recht – Mindereinnahmen von 45 Mrd. DM; berücksichtigt man, dass bei unverändertem Recht infolge heimlicher Steuererhöhungen eine Mehrbelastung in Höhe von 6 Mrd. DM eingetreten wäre, so waren es 39 Mrd. DM. Demgegenüber war die Gewinnausschüttung der Deutschen Bundesbank (16,3 Mrd. DM) wesentlich höher als im Jahr 2000 (7,6 Mrd. DM). Ferner konnte der Bund wegen der außergewöhnlichen Schuldentlastung im Gefolge der Versteigerung der Mobilfunklizenzen rund 9 Mrd. DM Zinsaufwendungen „sparen“. Die Privatisierungserlöse dürften im Jahr 2001 mit 21 Mrd. DM fast doppelt so hoch wie im Vorjahr (11,5 Mrd. DM) gewesen sein.“

Mit anderen Worten, die Verhökerung der Mobilfunklizenzen und die Gewinnausschüttung der Deutschen Bundesbank haben die Ergebnisse also noch geschont. Nachdem – Ironie der Geschichte – Brüssel der Regierung Schröder mit einem der von Deutschland entscheidend durchgesetzten Stabilitätskriterien Grenzen beim Wachstum der Staatsverschuldung setzt, wird die Auseinandersetzung um „Militärinvestitionen oder private Nachfrage“, also in der Auseinandersetzung um wachsenden Rüstungsetat gegen sinkenden Sozialetat ihre Fortsetzung finden.

chc



Stoibers Denkmuster

Ein Mann mit Profil

Vor 30, 40 Jahren war es auf dem Dorf vielleicht nicht möglich und auf alle Fälle nicht denkbar, eine Katze zu impfen, und so gehört der plötzliche Tod des geliebten Haustiers zum festen Bestand der Kindheitserinnerungen der Generation. Ministerpräsident Stoiber hat diesen Teil seines Seelenlebens vor Jahren der *Abendzeitung* erschlossen, wahrscheinlich, um als Tierliebhaber Punkte zu machen. Stoibers Katze wurde von Unbekannten vergiftet. Hier hat jemand gefehlt, der gesagt hätte: Edmund, es war die Katzenseuche. Oder: Kind, wer sollte denn so etwas tun? Stattdessen ein Griff in die Jauche: Es hagelt? Ein böser Wunsch! Die Kuh verreckt? Ein Schadenszauber! Die Katze geht ein? Ein Freund und Nachbar, der ein unbekannter Feind ist. Da bleibt nur Zuflucht in der Familie, traurlich vereint, am heimischen Herd, geschützt durch den zämfletschenden Vater. So dient das traurige Ereignis einem guten Ziel: Es begründet Autorität.

Das ist lange her? Denkmuster halten lang. Anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz eröffnete Stoiber seine Rede mit folgendem Gedankengang:

„Das Handeln von religiös oder ideo-logisch motivierten terroristischen Gruppierungen mit nahezu unbeschränktem Aktionsradius ist zu einer weltweiten Bedrohung geworden. Deutschland ist zwar – wie man in der Sicherheitsdebatte schon sagte – heute von Freunden umzingelt, aber dennoch aus dem Dunkeln bedroht.“

Sicherheit muss deshalb auf der Liste der politischen Prioritäten in Deutschland und Europa einen Spitzenplatz einnehmen. Ohne Sicherheit gibt es keine Zivilisation, keine Freiheit, keine Demokratie.“

In diesem geschlossenen Weltbild, des-



Eindrücke vom Buffet während der Nato-Sicherheitskonferenz. (Bild: Arbeiterfotografie)

sen enger Horizont, wie der Redner anschaulich ausdrückt, durch undurchdringliches Dunkel eingegrenzt wird, werden die gesellschaftlichen Zusammenhänge unsichtbar. Als Grund bleibt das Böse, das im Dunkel lauert. Dem von solchen Ängsten gepeinigten Individuum bleibt nur die Zuflucht zu einer Autorität, die das Böse zu finden weiß und die Mittel hat, es zu bekämpfen. Hier bietet sich der US-Präsident Bush an, der mit seiner Autorität und Macht in das Dunkel hineinleuchtet und die „Achse des Bösen“ mit Feuer, Schwert und hochnotpeinlicher Befragung zerstören wird.

Es muss sehr deutlich gesagt werden, dass die von Stoiber ausgesprochene Verkehrung der Prioritäten weit, weit rechts außen vorortet werden muss. Alle Welt redet sonst davon, dass es etwa ohne Gerechtigkeit keinen Frieden geben könne und ohne Achtung der Menschenwürde keine Sicherheit und dergleichen mehr. Sicherheit wird – seit Jahrtausenden – als Folge und Ausweis akzeptabler gesellschaftlicher Verhältnisse begriffen. Den umgekehrten Zustand, in dem mangeler Akzeptanz durch gewaltsame Unterdrückung abgeholfen wird, bezeichnet man seit eh und je als Tyrannie.

Die Verkehrung der Prioritäten hat, beinahe möchte man sagen leider, nicht nur ideologische Folgen. In seiner denkwürdigen Rede – immerhin als deutscher Kanzleranwärter und vor einem Weltpublikum – ließ Stoiber seinen Gedanken auf wirtschaftliche Probleme leuchten:

„Vor allem Deutschland muss seinen Sicherheits- und Wehretat nachhaltig deutlich steigern. Auch deswegen müssen wir unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit steigern. Nur so können wir auf lange Sicht unserer gewachsenen Verantwortung gerecht werden und die Verpflichtungen gegenüber den Partnern erfüllen. Das geht nicht, wenn wir unsere Armee kaputt sparen!“

Früher sagte man wenigstens offen: „Wollt Ihr Butter oder Panzer“. Denn schon jetzt gelingt es der Regierung kaum, die durch den EU-Vertrag auferlegten Verpflichtung zur soliden Haushaltsführung mit den Anforderungen des Rüstungshaushaltes zu vereinbaren. Wenn die „Sicherheit“ die Priorität hat, dann wird sich das nur durch rüde Angriffe auf die Sozialhaushalte realisieren lassen. Und auch dem Dümmlsten schwant, dass die Tendenz zur Steigerung der Ungerechtigkeit weiteren Sicherheitsaufwand mit sich bringen muss. Ministerpräsident Stoiber weiß Rat:

„Wir müssen auch deswegen in Deutschland am Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht festhalten. Deutschland kann sich den sicherheitspolitischen Aufgaben in der Welt nicht entziehen. Die hervorragend ausgebildeten Soldaten, die wir für diese Einsätze brauchen, gewinnen wir zu einem großen Teil aus den Reihen unserer Wehrpflichtigen. Wir brauchen die Wehrpflichtigen und die Reservisten aber auch, um in Deutsch-

land Bedrohungen und Risiken abzuwehren. Ich bin deshalb für eine Änderung des Grundgesetzes, um die Bundeswehr insbesondere zum Objektschutz im Inneren einzusetzen können, wenn die Polizeikräfte hierfür nicht mehr ausreichen. Die amerikanische Nationalgarde sehe ich hier als ein Beispiel, an dem wir uns orientieren sollten.“

Diese Rede hielt Stoiber, nachdem er mit der Breite der Kritik an der Münchner Sicherheitskonferenz und der Nichtachtung des illegitimen Demonstrationsverbotes durch Tausende konfrontiert war. Das geht ihm also durch den Kopf.

Der Mann entwickelt sich zu einem Lehrbuchbeispiel für Unverhältnismäßigkeit. Woher soll er auch Maßstäbe beziehen? Von der Knabenzeit an hat er sich aus der schützenden und fesselnden Hülle der Staatspartei nicht freimachen können, von der Normalität des Lebens Jahrzehnt für Jahrzehnt durch immer noch ein Vorzimmer mehr abgeschirmt. Was die Bundesrepublik betrifft, ist er aus Bayern nie hinausgekommen, und Bayern kennt er als Hofstaat der CSU. Hier war er Nachwuchshoffnung, Kronprinz, Vatermörder, schließlich Chef. Hier kann er in Bierzelten sich unter dem Volk wähnen, sicher, weil diese zusammengetrommten Anhänger jeden Kritiker zur Bude hinausschlagen würden. Wie soll sich im Gange einer solchen Laufbahn und im Erleben eines solchen Lebens Urteilsprägung ausbilden. Er ist eine Aquariumszüchtung. Den etwas derberen bayerischen Ausdruck schenken wir uns und greifen statt dessen auf das deutsche Volkslied zurück: „Den soll man als Gsell erkennen oder gar ein Meister nennen, der noch nirgends ist gewest, bloß gesessen in sein Nest.“ Oder: „Bevor ich nehme so einen, will ich lieber gar keinen“, in Betracht der Alternativen eigentlich das beste. *maf*

Union für „wettbewerbliches Gesundheitssystem“

Die baden-württembergische Landesregierung war federführend beim jetzt veröffentlichten Konzept zur Gesundheitsreform, auf das sich die unionsgeführten Bundesländer geeinigt haben. Gut, dass der DGB gleich darauf geantwortet hat, und gut, dass von verschiedenen Gewerkschaften die Gesundheitsreform zu einem Schwerpunktthema der nächsten Monate gemacht wird. Wie die verschiedenen Argumente in der öffentlichen Meinung Rückhalt finden, wird darüber entscheiden, wie die Gesundheitspolitik der nächsten Bundesregierung aussehen wird, egal ob die bisherige Koalition fortgesetzt wird oder eine andere Konstellation dran kommt. Gelingt es dem Unionslager, mit seinen Vorstellungen durchzudringen, dann wird auch eine SPD/

xyz-Regierung danach verfahren, und mit der zaghafte Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Standpunkte, wie sie jetzt bei Gesundheitsministerin Schmidt vorkommt, wird es vorbei sein.

„Patient im Mittelpunkt eines wettbewerblichen Gesundheitssystems“, so lautet das Motto des Unionskonzepts. So allgemein formuliert wäre noch nicht viel einzuwenden, auch nicht gegen die Aussage des baden-württembergischen Sozialministers Friedhelm Reppnik: „Das Gesundheitswesen muss neben der Solidarität auch von Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und Wahlmöglichkeiten der Patienten geprägt sein.“ Was aber an konkreten Vorschlägen folgt, das ist tatsächlich der Ausstieg aus einer solidarischen Versicherung und aus einem nicht nach Marktgesetzen organisierten Angebot von Gesundheitsdienstleistungen. Ein sog. Drei-Stufen-Modell soll eingeführt werden, wir zitieren aus der Pressemitteilung des Staatsministeriums:

„Stufe 1: Alle medizinisch notwendigen Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung sowie deren paritätische Finanzierung bleiben für alle Bürgerinnen und Bürger erhalten. Die Versicherten können sich jedoch freiwillig für eine Selbstbeteiligung entscheiden. Wählen die Versicherten eine Selbstbeteiligung, steht ihnen ein Bonus zu.

Stufe 2: Die Kassen können in eigener Verantwortung über die medizinisch notwendigen Leistungen hinaus weitere Leistungen – so genannte satzungsgemäße Mehrleistungen – bestimmen. Diese ... bedürfen der von den Patienten eigenverantwortlich finanzierten zusätzlichen Absicherung. Die Versicherten können so über den in Anspruch genommenen Leistungskatalog selbst und eigenverantwortlich bestimmen.

Stufe 3: Die Versicherten haben das Recht, einzelne oder auch sämtliche Leistungen einer Krankenkasse, die über die medizinisch notwendigen Leistungen hinausgehen, abzuwählen. Sie erhalten dann einen Bonus oder eine Beitragsrückerstattung.“

Bei der Präsentation des Modells zog Ministerpräsident Teufel zum Vergleich die Kfz-Versicherung heran, wo es neben der Pflichtversicherung und dem Teilbehaft eben auch das Vollkaskomodell gebe. Der Vergleich geht daneben: Bei der Kfz-Versicherung führt der Verzicht auf Vollkasko dazu, dass nach einem Unfall vielleicht aufs Auto verzichtet werden muss, was vielleicht nicht leicht fällt, aber doch möglich ist. Was soll bei der Krankenversicherung erfolgen? Wenn sich das „lohnen“ soll, müssen die richtig teuren Leistungen ausgeschlossen werden, das sind nach Auskunft aller Fachleute die Leistungen im letzten Lebensjahr. Soll also jemand Leistungen nicht erhalten, was ihn das Leben kostet? – Eine unmenschliche Vorstellung.

Auch die Vorstellungen über die Organisation der Erbringer von Dienstleistungen, wie sie im Unionspapier stehen,

sind inakzeptabel. Da heißt es zwar „Elemente der Selbststeuerung stärken“, gemeint ist damit aber z.B. die Abschaffung der kassenärztlichen Vereinigung, die immerhin, so sehr man im Einzelnen Reformen wünschen mag, dem Gedanken entspricht, dass das Anbieten von Gesundheitsdienstleistungen nicht einfach Marktgesetzen gehorcht. Ersetzt werden soll das durch Ärztegruppen, die mit den Kassen verhandeln, Anpassung an das europäische Wettbewerbsrecht usw. – am Ende stehen dann Aktiengesellschaften und GmbHs von Ärzten, deren erster Zweck das Erzielen von wirtschaftlichem Erfolg sein wird, eine Entwicklung, die bereits im Krankenhauswesen begonnen hat.

Hier besteht die Gefahr einer raschen Einigung mit der SPD. Der rheinland-pfälzische Sozialminister Gerster (SPD) äußerte sich im Interview mit den *Stuttgarter Nachrichten* am 7.2. zu der angeblichen Anbieterübermacht mit dem Vorschlag, die Kassen sollen mit besonders qualifizierten Ärzten und Kliniken Einzelverträge abschließen; Patienten, die zu solchen Anbietern gehen, könnten mit einem Beitragsrabatt rechnen. Ein tiefer Eingriff in das Arzt-Patienten-Verhältnis! Die sowieso zu Paternalismus und Entmündigung neigenden Seiten der Gesundheitsversorgung würden verstärkt (die Kasse weiß, was die optimale Therapie ist, der „billige“ Arzt wendet sie an, der Patient erduldet sie); die weiten Bereiche aber, wo der Arzt oft gar nicht so genau weiß, was hilft, sondern dem Kranken helfen muss, mit seiner Situation zurecht zu kommen, ihm Linderung verschaffen kann usw., werden finanziell ausgetrocknet. Man kann jetzt schon bezweifeln, dass ein solches System von oben die anerkannt mangelhaften Erfolgsquoten verbessern wird. alk

Quelle: Staatsministerium, www.baden-wuerttemberg.de

Das Verbotsverfahren gegen die NPD ist durch die an Betrug grenzenden Machenschaften der Verfassungsschutzmänner und das dilettantische Agieren Schilys in eine schwere Krise geraten. Bisher wurden sechs V-Männer bekannt geworden, die in den Verbotsanträgen mit Äußerungen vorkommen. Ob die vom BVerfG angeforderte Stellungnahme der Antragsteller klar machen kann, dass Teile der NPD nicht vom Verfassungsschutz gesteuert wurden, ist mehr als fraglich. Die Entscheidung, ob das Verbotsverfahren überhaupt fortgesetzt wird, fällt in einigen Wochen. Anlass zu Befürchtungen geben aber auch die vom Bundesverfassungsgericht bereits bestellten Gutachten.

Den Bock zum Gärtner gemacht

Zwei der drei vom Gericht für die Verhandlung bestellten Gutachter gelten als äußerst umstritten, da ihnen selbst ein unkritisches Verhältnis zu rechten Positionen nachgesagt wird: Eckhard Jesse und Uwe Backes.

So bagatellisierte Eckhard Jesse (Jg. 1948), Professor für Politologie an der Technischen Universität Chemnitz, jüngst unverhohlen rechtsextreme Umtriebe in Deutschland. Wer die „Existenz ‚national befreiter Zonen‘“ behauptet, schreibt Jesse, „wertet die Propaganda des gewaltbereiten Rechtsextremismus auf.“ Jesse wandte sich mit seiner Aussage gegen eine Jury von Sprachwissenschaftlern, die „national befreite Zonen“ zum Unwort des Jahres 2000 erklärt hatten. Der Begriff, so die Sprachwissenschaftler, beschreibe auf zynische Weise Gebiete in den östlichen Bundesländern, die von Rechtsextremisten terrorisiert werden. Weniger zimperlich geht Jesse stattdessen mit Antifaschisten ins Gericht. Diese verdiensten seiner Auffassung nach „gesellschaftliche Ächtung“.

Erschienen ist der Jesse-Aufsatz peinlicherweise in der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“, der Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, die von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben wird.

Ebenfalls Autor in dieser Ausgabe – vom 9. November (!) 2001 – ist Uwe Backes (Jg. 1960), stellvertretender Direktor am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden (HAIT). Er lamentiert über eine angeblich in Deutschland verbreitete „Hypersensibilität gegenüber allen Anflügen nationalistischen Denkens“. Backes geriet zur Jahreswende 1999/2000 in die Schlagzeilen, als er einen HAIT Mitarbeiter verteidigte, der in einem Aufsatz die moralische Rechtmäßigkeit des Hitler-Attentats von Georg Elser im Münchner Bürgerbräukeller 1939 in Frage gestellt hatte. Das HAIT, schrieb daraufhin *Der Spiegel*, „steht mancherorts in Verdacht, sich zu einem Think-Tank neokonservativer Überzeugungsträger zu entwickeln, die das Geschichtsbild des Dritten Reiches revidieren wollen.“

1994 waren Jesse und Backes Unterzeichner einer Solidaritätserklärung für den „Wortführer der Neuen Rechten“ (Der Spiegel) Rainer Zitelmann (Jg.

1957). Zitelmann wurde trotz der Solidaritätsbekundungen von Jesse und Backes als Ressortleiter der Tageszeitung „Die Welt“ nach massivem Protest der Redaktion abgesetzt. Das Fass zum Überlaufen hatte der „PR-Mann einer national gesinnten Szene“ (*Die Woche*) gebracht, als er ein „widerliches Machwerk“ (*Die Zeit*) abdruckte, in dem jüdischen KZ-Häftlingen vorgeworfen wurde, „ihre Leidenszeit hier und da etwas zu dramatisieren“.

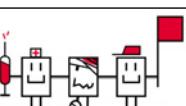
Bundesweit bekannt wurde Zitelmann 1995 als Mitinitiator des geschichtsrevisionistischen Aufrufs „8. Mai 1945 – gegen das Vergessen“. In dem Appell wurde dazu aufgerufen, den 8. Mai als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus nicht mehr so wichtig zu nehmen. Das Rechtsaußenblatt „Junge Freiheit“ jubilierte über Zitelmann: „Zum ersten Mal geht von der ‚Rechten‘ substantielle Gefahr für das Establishment aus.“ Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz warf darauf hin dieser „Neuen Rechten“ um Zitelmann und Co. vor, „verstaubte, antideokratische Vorstellungen“ zu „neuem Leben zu erwecken und dabei die Grenze zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus zu verwischen“. Jesse attackierte daraufhin in der *FAZ* (9.4.1997) den NRW-Verfassungsschutz und warf ihm vor „auch konservative Gruppierungen ins Zwielicht zu rücken“. Weiter beklagte Jesse, dass in den Verfassungsschutzberichten mehrerer Länder über die „Neue Rechte“ berichtet wird, die er für eine Erfindung der 68er halte (*Tagesspiegel*).

Der Einsatz von Jesse und Backes für Zitelmann ist menschlich verständlich. Alle drei waren 1990 Herausgeber des Buches „Der Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus“, ein Buch, das in rechten Kreisen auf starken Zuspruch stieß.

Auch der dritte vom Bundesverfassungsgericht bestellte Gutachter, der Parteienforscher Jürgen Falter, war Autor in diesem Band und gehört seit vielen Jahren dem Beirat des von Jesse und Backes herausgegebenen „Jahrbuchs Extremismus & Demokratie“ an.

Die NPD begrüßte die Nominierung von Backes und Jesse in einem Email-Rundschreiben vom 10.1.02: „Beide sind in letzter Zeit von ganz links außen unter Beschuss gekommen ... Beiden wird auch eine eher konservative Position vorgeworfen.“

aus: *Archiv-Notizen Januar 2002*, hrsg. vom DISS Duisburg (gekürzt)



Gute Besserung!

Gewirtschaftliche Kampagne für eine solidarische Gesundheitspolitik

Ich fordere die Bundesregierung auf, eine Strukturenreform des Gesundheitswesens durchzuführen, die die Grundprinzipien der **Solidarität** bewahrt und **ausbaut** und die **Qualität** der Gesundheitsleistungen entscheidend verbessert.

Ich bin dafür, dass die Leistungen der Krankenversicherung nicht aufgetrennt werden in **Grund- und Wahlleistungen**. Es darf nicht sein, dass die Qualität der Gesundheitsleistungen vom Geldbeutel abhängt. Eine **2-Klassen-Medizin** darf es nicht geben.

Ich bin dafür, dass die **Leistungsträger** der Helfer der Krankenversicherungseinheit **zählen**. (Perfekte Finanzierung)

Ich bin dafür, dass das Gesundheitswesen nicht weiter privatisiert wird und die **Zuzahlungen** zu Arznei- und Hilfsmittel nicht weiter erhöht werden.

Ich bin dafür, dass die **Gesundheitsbedürfnisse der Frauen** stärker Beachtung finden.

Ich bin dafür, dass für die **Beschäftigten** in Gesundheitseinrichtungen **humane Arbeitsbedingungen und eine leistungsgerechte Entlohnung** geschaffen werden.

Ich bin dafür, dass die **Qualität** der Versorgung ein wesentlich höherer Stellenwert beigemessen wird, als dies bisher der Fall ist.

Name, Vorname _____ Anschrift _____ Unterschrift _____

Bitte diese Unterschriftenliste beim DGB – Regionalen oder beim DGB-Büro B, Wiltz-Blücher-Str.26, 76114 Saarbrücken, faxen oder schicken. Danke.



PKK-Parteirat beschließt Einstellung der Arbeit innerhalb von EU und Türkei

Wir dokumentieren den Beschluss des PKK-Parteirats im Vorfeld des Parteikongresses, die Arbeit innerhalb der EU und der Türkei unter dem Namen PKK einzustellen. Die PKK setzt damit ihre Linie fort, innerhalb der Türkei und des Mittleren Ostens die Lösung der kurdischen Frage durch demokratische Veränderungen und ein friedliches Zusammenleben zu erkämpfen und dabei Nationalismus, Rassismus und Unterdrückung zu überwinden. Ihre Mitglieder und Anhänger rufen der Parteirat auf, sich in den demokratischen Organisationen und Strukturen zu organisieren und in Europa die Kurdische Demokratische Volksunion und den Kurdistan National Kongress zu unterstützen. Wir geben die Veröffentlichung der Internetfassung von *Yedinci Gündem Online* leicht gekürzt wieder (eigene Kürzung in eckigen Klammern). *rub*

Historischer Schritt der PKK

Der PKK-Parteirat hat auf seiner 5. Allgemeinen Versammlung beschlossen, im Rahmen der Neustrukturierung und der Strategie der Veränderung und des Wandels innerhalb der Grenzen der EU und der Türkei die Arbeit unter dem Namen PKK einzustellen.

Heute wurde das Abschlusskommuniqué der Parteiratsversammlung veröffentlicht, die Ende Januar stattgefunden hat. Darin vertritt der Parteirat die Linie der demokratischen Veränderung in der Region und fordert die Türkei auf, auch den Kurden Rechte zuzugestehen. [...]

11. September wird neues System erschaffen

Der PKK-Parteirat bewertete die mit den Angriffen vom 11. September begonnene Zeit als eine Entwicklungsphase, die ein neues internationales System anstrebe, das das 21. Jahrhundert prägen werde. [...] Diese Entwicklungsphase habe in den neunziger Jahren mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems begonnen. Die Ereignisse vom 11. September drückten in der Phase der Überwindung des internationalen Systems des 20. Jahrhunderts die Entwicklung einer neuen Etappe aus, die zu neuen Ergebnissen führen werde. Dieser Fakt werde durch die Erklärung des Beginns des dritten Weltkrieges des Hauptaktors der neuen Phase, den USA, ausgedrückt, die einen lang angelegten Kampf anstreben. Innerhalb dieser neuen Phase wird ein vielseitiger Kampf stattfinden, so der PKK-Parteirat, mit dem alle Strukturen, jegliche Gedankenweise, Politik- und Beziehungsform des 20. Jahrhunderts überwunden werde. „Mit welchen Methoden die Änderungsphase auch immer stattfinden wird, letztendlich wird das neue internationale System, das das 21. Jahrhundert prägen

wird, überall dort, wo Menschen leben, einen demokratischeren, friedlicheren und auf Zusammenarbeit setzenden Charakter annehmen, der mit der globalen Komplexität übereinstimmt. Wie in der Geschichte wird im Vordergrund des Kampfes, der das internationale System des 21. Jahrhunderts formen wird, unsere Region stehen: der Mittlere Osten, wo auch das Ergebnis erschaffen werden wird.“

Mit dem nach dem 11. September begonnenen kurzfristigen Afghanistankrieg habe sich die gesamte politische und militärische Kraft auf den Mittleren Osten konzentriert. „Diese Tendenz hat gezeigt, mit welch schwerwiegenden Widersprüchen und Problemen der Mittlere Osten beladen ist, der im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts durch die imperialistische Teile- und -Herrsche-Politik und die Aufteilung der Welt als Resultat eines Krieges geformt worden ist. Es ist unübersehbar geworden, dass diese schweren Widersprüche und Probleme unbedingt gelöst werden müssen, damit es einen Fortschritt der Menschheit auf wirtschaftlichem, sozialem, politischen und kulturellen Entwicklungsniveau geben kann.“

Veränderung des Mittleren Ostens

Die im Mittleren Osten herrschenden monarchistischen, autokratischen und oligarchischen politischen Systeme müssen zwangsläufig überwunden werden. Die Region als Ganzes habe Bedarf nach einer umfassenden Phase der Veränderung und des Wandels. Weiterhin betrachtet der Parteirat „die Schaffung einer demokratischen Einheit der Gemeinschaften in der Region sowie die Überwindung der bestehenden Teilung, wie sie bei den Kurden und Arabern zu sehen ist“, als eine dringende Notwendigkeit. Für die Verwirklichung einer solchen Einheit müsse eine mentale Revolution stattfinden, die wiederum die Durchsetzung eines demokratischen Denksystems und die Überwindung von Nationalismus sowie des religiösen und linken Denksystems erfordere, welches über einen eingeschränkten und repressiven Inhalt verfüge. (...) Der PKK-Parteirat vertritt die Auffassung, dass hinter allen Problemen im Mittleren Osten die kurdische Frage sowie der im Palästina-Israel-Konflikt aktuell gewordene arabisch-israelische Widerspruch stehe. „Die miteinander verwobenen Probleme aus der Vergangenheit erfordern eine Lösung für die gesamte Region und somit eine sofortige Lösung der kurdischen und palästinensischen Frage. Der Ort, an dem beide Fragen gemeinsam konzentriert werden, ist der Irak. Somit wird es das zukünftige System des Irak sein, das das System des Mittleren Ostens festlegt.“

[...] „Der Systemkampf im Irak wird festlegen, wie das neue System des Mittleren Ostens aussehen wird. Dieses wiederum wird zum Maßstab des neuen internationalen Systems werden und seine Eigenschaften bestimmen. Es ist offensichtlich, dass der sich im Irak konzentrierende Kampf einen regionalen und internationalen Charakter hat und dieser Kampf ein Kampf zwischen dem alten und dem neuen System, dem alten und dem neuen Status Quo darstellt. In diesem Kampf, in dem sich das politische und militärische Niveau in der kommenden Zeit verschärfen wird und mit dem versucht werden wird, eine Lösung zu schaffen, wird der Platz unserer Partei und unseres Volkes ohne jeglichen Zweifel nicht an der Front des alten Status Quo sein, indem die Kurden verleugnet und vernichtet werden sollen, sondern an der Front der Veränderung, die ein neues System schaffen will. Unsere Partei wird sich nicht in die Front der Repression, Zersplitterung und des Terrors einreihen, sondern in die Front der Demokratie, des Friedens und der freien Einheit. Denn nur hier können ebenso wie das kurdische Volk die Völker der Region und die demokratischen Kräfte weltweit gewinnen.“

„Kurdischer Frieden ein Muss“

In diesem Rahmen sei auch der innere Frieden zwischen den Kurden eine unbedingte Notwendigkeit [...]. „Die 5. Parteiratsversammlung betrachtet es als erforderlich, ein weiteres Mal alle kurdischen politischen Kräfte, Parteien, Organisationen und Intellektuelle zur Schaffung einer internen Lösung dazu aufzurufen, gemeinsam vorzugehen und die für einen kurdischen Frieden, eine kurdische Demokratie und Einheit notwendige demokratische Veränderung zu vollziehen. Zweifellos sind es die Völker des Mittleren Ostens und ihre demokratischen Kräfte, die die Demokratie im Mittleren Osten und die demokratische Einheit der Völker errichten werden.“

„Lösung innerhalb der Region“

„Demokratisierung und gemeinsame Lösung müssen innerhalb der Region selbst und von den Kräften der Region geschaffen werden. Zu diesem Zweck und um jegliche von außen kommende Intervention zu unterbinden, ruft unsere 5. Parteiratsversammlung alle politischen Kräfte der Region, DemokratInnen und Intellektuelle dazu auf, mit ihren dogmatischen Denkmustern zu brechen, sich auf eine demokratische politische Struktur einzulassen und auf dieser Basis den neuen und vereinten Mittleren Osten zu erschaffen, indem die kurdische und palästinensische Frage sowie alle Probleme der Region mit

demokratischen Methoden und auf der Grundlage der Zusammenarbeit gelöst werden. Es ist selbstverständlich, dass von außen interveniert wird, wenn die eigenen Probleme nicht gelöst werden können und die Umwelt aufgrund dessen Schaden erleidet. Die momentane Lage des Mittleren Osten entspricht dieser Beschreibung. Natürlich hat auch ein äußerer Eingriff gegen den heutigen politischen Status Quo, der Teilung und Anti-Demokratie beinhaltet, einen gewissen Sinn und Wert, wenn er eine Veränderung anstrebt. Unsere Partei ist gegen äußere Eingriffe, wenn sie der Bewahrung des alten Status Quo dienen. Für Interventionen, die eine Veränderung des Status Quo anstreben, betrachtet sie es als erforderlich, dass die Veränderung auf Demokratie ausgerichtet ist und den demokratischen Willen der Region zur Grundlage nimmt.“

Türkei-Regime steht im Widerspruch zur Zivilisation

Weiter erinnerte der PKK-Parteirat daran, dass die Türkei als ein Land, das in der Geschichte eine äußerst kraftvolle Veränderungsdynamik hervorgebracht hat, heute eine schwere wirtschaftliche und politische Krise erlebt, weil sie ihre oligarchische Struktur und ihre dogmatische und eng-nationalistische Mentalität nicht überwinden könne, die einer Veränderung im Wege stehen. Aufgrund dieser Struktur stehe die Türkei im Widerspruch zur Realität des 21. Jahrhunderts und dem Zeitalter der demokratischen Zivilisation. [...] „Die Türkei verteidigt ein politisches Gedankensystem, das im Mittleren Osten und weltweit hundert Jahre zurück liegt. Mit der Politik der USA, die sie als strategischen Freund betrachtet, erlebt sie Widersprüche, und den Beitritt zur Europäischen Union betreffend macht sie keine Fortschritte. Deshalb ist die Türkei, die im Besitz der reichsten Quellen der Welt ist, zu einem zurückgebliebenen, vom Ausland abhängigen und hilfsbedürftigen Land geworden, in dem Hunger und Armut herrschen.“

[...] Um diese Rückständigkeit zu überwinden und das Niveau entwickelter Länder zu erreichen, müsse das bestehende politische Gedankensystem überwunden werden und eine radikale demokratische Veränderung und Verwandlung stattfinden. Grund für die Krise der Türkei sei die Angst vor der kurdischen Frage und die Unfähigkeit, eine Lösung dafür zu finden. „Der Schlüssel für eine Demokratisierung, die jede Art von Weiterentwicklung der Türkei ermöglichen wird, ist die Lösung der kurdischen Frage.“

Scharfe Reaktion auf Intoleranz im Thema Muttersprache

Das kurdische Volk habe einen glorreichen Kampf für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage ausgefochten, die auch der Bevölkerung der Türkei zugute kommen könne. Die Haltung, die zu Newroz 2001 von einer halben Million

Menschen gezeigt wurde, werde jetzt von den Studierenden fortgesetzt.

„Bei der Forderung Hunderttausender von kurdischen Kindern und Jugendlichen nach der Möglichkeit, kurdisch zu sprechen und Kurdisch-Unterricht zu erhalten, die von der Grundschule bis zu den Universitäten und trotz jeder möglichen Art von Repression gestellt wird, sowie der in diesem Rahmen vom kurdischen Volk und demokratischen Kräften entwickelte demokratische politische Serhildan sind die Macht, die eine demokratische Lösung der kurdischen Frage und somit die demokratische Veränderung der Türkei erzwingen wird. [...]“ Dementsprechend steigen im Inland Repression und Verhaftungen [...] zunehmend an. Im Ausland dagegen werden alle Ressourcen der Türkei an verschiedene Staaten und Kapitalorganisationen verschleudert, um die Forderung nach dem demokratischsten und menschlichsten Recht der Geschichte als terroristisch abstempeln zu können. [...]“

Demokratische Geduld reicht nicht unendlich

„Die Überzeugung der zivilen und militärischen Führung der Türkei, nicht den Weg zu einer demokratischen Veränderung für die Entwicklung der Türkei einschlagen zu wollen und für Raub und Ausbeutung profitsüchtiger Kreise das bestehende Repressions- und Ausbeutungssystem mit gewalttätigen Methoden fortzusetzen zu wollen, nimmt an Kraft zu. Wir halten es für eine historische Pflicht, die momentane Führung des Landes ein weiteres Mal zu verwarnen. Es sollte nicht vergessen werden, dass die von unserer Partei entwickelte Gelegenheit eines einseitigen Friedens und einer demokratischen Lösung sowie die von unserem Volk erwiesene Geduld und Sensibilität nicht bis in alle Ewigkeit Gültigkeit hat.“

In dieser Hinsicht werde das Jahr 2002 zum Jahr der Entscheidung, so der PKK-Parteirat. „Wer im Besitz von Verantwortungsgefühl und einer demokratischen Herangehensweise ist, ist dazu verpflichtet, ein weiteres Mal nachzudenken und das ihm zufallende zu erfüllen.“ Nicht nur die bestehende Führung des Landes stehe in dieser Pflicht und Verantwortung. „Diese Situation, die die Zukunft bestimmt, geht jeden etwas an, der in der Türkei lebt. Jeder muss dazu Stellung beziehen.“ Eine Türkei, die nicht frei und demokratisch ist und in der es sich nicht leben lässt, habe einschließlich der EU keinen Platz in der Welt der demokratischen Zivilisation. (...)

Zum heldenmutigen Widerstand des kurdischen Volkes

Nach einem 15-jährigen heldenmütigen Widerstand habe das kurdische Volk auch heute ein hervorragendes Beispiel im demokratischen Kampf geliefert. „Es hat eine richtige und wirksame Linie des demokratischen Kampfes eingehalten, um

unsere nationalen, kulturellen und demokratischen Rechte einzufordern, die das System des 20. Jahrhunderts verleugnet hat. Dieser Kampf ist der gerechteste, menschlichste und demokratischste Kampf der Welt. Somit ist es erforderlich, ohne jedes Zögern in demokratischem Rahmen und mit kreativen Methoden den Kampf mit großer Entschlossenheit und Konsequenz fortzusetzen, bis wir unsere menschlichen, nationalen und demokratischen Rechte bekommen haben. In diesem Kampf ist es ebenso wichtig, wie die Verbotsstruktur des Staates zu überwinden, eine Bewusstwerdung der Gesellschaft der Türkei zu erreichen und sie zur demokratischen Einheit zu bringen. Ebenso wichtig wie die Forderung nach Rechten an den Staat ist es, für die Weiterentwicklung der kurdischen Sprache und Kultur unsere eigenen, speziellen Methoden anzuwenden und unsere Anstrengungen zu erhöhen. Die nationale demokratische Lösung muss vorrangig jeder in sich selbst erschaffen. Jeder kurdische Mensch muss zu einem dafür arbeitenden Militanten werden, jedes kurdische Haus zu einer Schule. In den Dörfern und Städten müssen wir uns vereinigen, in Institutionen und Einrichtungen organisieren und sie für diesen Zweck nutzen. Unsere Forderung nach dem Recht auf kurdischen Unterricht und kurdische Veröffentlichungen ist ein grundlegendes Menschenrecht, auf das wir niemals verzichten werden und für das wir mit jeder demokratischen Methode kämpfen werden.“

Zum internationalen Komplott

Der PKK-Parteirat erklärte in seinem Abschlusskommuniqué, dass das Jahr 2002 zum Jahr werde, in dem auf der Basis dieser gerechtfertigten Forderung das kurdische Volk seine demokratischen Aktivitäten erhöhen und die Kraft für eine demokratische Lösung entwickeln werde. Er forderte, dafür am 15. Februar, dem dritten Jahrestag der Entführung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan durch einen internationalen Komplott, ein ausdrucksstarkes Beispiel zu geben. [...] „Die einzige richtige Haltung gegen diesen dunklen Angriff, der von der internationalen Reaktion durchgeführt wurde, um unsere Hoffnungen zu zerstören und unsere aufklärerische Entwicklung zu vernichten, ist die Zurückschlagung dieses Angriffes, indem wir unser nationales Bewusstsein, unseren Geist und unsere Einheit entwickeln. Mit diesem Ziel ist es in der Zeit um den 15. Februar unsere Hauptaufgabe, demokratische Aktivitäten gegen den Komplott und für den Vorsitzenden zu entwickeln. Jeder kurdische Mensch zwischen sieben und siebzig Jahren muss den 15. Februar in diesem Sinne begehen, indem schwarze Kleidung getragen, getrauert und gefastet wird, alle Arbeiten niedergelegt werden und jeder sich vollkommen für den Kampf gibt. Nationale Einheit und Geist müssen auf die höchste Ebene gebracht werden.“

Änderungen auf dem 8. Kongress

Im Abschlusskommunike des PKK-Parteirats wird nach der Auswertung außerdem eine wichtige Entscheidung im Rahmen des demokratischen Wandels und der Neustrukturierung öffentlich gemacht: „Gemäß der vom Parteivorsitzenden entworfenen neuen Strategie hat die Neustrukturierung eine wichtige Ebene erreicht. Der Parteirat betrachtet es als notwendig, diese Arbeit mit Entschlossenheit fortzusetzen und mit dem 8. Kongress in erfolgreicher Form zu einem Ergebnis zu kommen. Die neu erschaffenen Organisationen werden weiterentwickelt. Um dabei die Neustrukturierung zu vervollständigen, sind Beschlüsse zu der notwendigen organisatorischen Arbeit gefasst und ein Plan entworfen worden. In diesem Rahmen ist es als notwendig erachtet worden, insbesondere innerhalb der Grenzen der Europäischen Union und auch der Republik Türkei alle politischen, organisatorischen und praktischen Arbeiten unter dem Namen PKK einzustellen. Ab sofort wird es innerhalb der EU und der Türkei keine Arbeit mehr unter dem Namen PKK geben. Unsere bestehende Arbeits- und Organisationsstruktur wird gemäß dieses Beschlusses zügig alle notwendigen Maßnahmen für eine Neustrukturierung treffen. Aus diesem Anlass fordern wir unsere AnhängerInnen in Europa auf, sich diesem Beschluss entsprechend zu verhalten und sich innerhalb der YDK (Kurdische Demokratische Volksunion) und KNK (Kurdistan National Kongress) sowie allen anderen in gesetzlichem und demokratischem Rahmen gegründeten Einrichtungen zu organisieren und so ihre Tätigkeiten fortzusetzen. Des weiteren rufen wir unsere SympathisantInnen und AnhängerInnen in der Türkei dazu auf, sich der neuen Phase und der Linie des Vorsitzenden entsprechend selbst zu organisieren und zu kämpfen.

Mit dieser und ähnlichen Entscheidungen werden wir unsere organisatorischen Neustrukturierungen entsprechend der neuen Phase fortsetzen. Auf dem 8. Parteikongress werden einhergehend mit einem grundlegenden demokratischen Wandel einschließlich des Namens jede Art von Veränderungen und Neuerungen zu einem klaren Ergebnis kommen. Wir sind fest entschlossen, auf der von unserem Vorsitzenden entworfenen Linie der Veränderung und Neustrukturierung zu marschieren. Wir glauben daran, dass demokratische Veränderung und Wandel Erfolg und Entwicklung hervorbringen werden, Konservativismus und Nichtveränderung dagegen zu Verfall und Auflösung führen. In dieser Überzeugung rufen wir unsere gesamte Parteistruktur und unser Volk dazu auf, entschlossen auf der vom Vorsitzenden entworfenen Linie der Veränderung und Neustrukturierung zu marschieren, sich selbst zu erneuern und aktiv und erfolgreich am Entwicklungsprozess teilzunehmen.“

Quelle: Kurdistan Informations Zentrum, 6.2.2002, Yedinci Gündem Online, 6.2.2002

Kosovo: Kampf um Vorherrschaft

UCK-Anhänger demonstrierten in den letzten Wochen in Pristina unter Parolen wie „Unmik raus!“ und „Ganz Kosova ist UCK“ gegen die Verhaftung drei ehemaliger UCK-Führer. Am 26.1. hatte die UNO-Verwaltung im Kosovo die Drei verhaftet lassen, unter ihnen ein führendes Mitglied des Kosovo-Schutzbalks, der offiziellen Nachfolgeorganisation der UCK. Ihnen wird vorgeworfen, zwischen September 1998 und August 1999 an der Entführung, Bedrohung und Ermordung zahlreicher als „Kollaboratoren“ gebrannter Kosovo-Albaner beteiligt gewesen zu sein. Der aktuelle Hintergrund der Verhaftungen sind Auseinandersetzungen über die Kontrolle über die Provinz. Es sei in der „in Pristina herrschenden Goldgräberstimmung offenes Geheimnis, dass die ehemalige UCK und ihr Umfeld den Alleinanspruch über die Kontrolle von Kosovos Wirtschaft mit allen Mitteln durchsetzen, ob tagsüber im Kleide einer politischen Partei oder nachts mit vorgehaltener Waffe“, schreibt die Neue Zürcher.

Roma fordern eigenes Landgericht

Die Roma in Tschechien fordern ein eigenes Landgericht, das auf der Grundlage des Moral-Kodex' der Roma arbeitet. Davon versprechen sie sich nach den Worten des Vorsitzenden des Gerichtshofes der internationalen Roma-Union, Edmund Rafael, eine größere Zusammengehörigkeit und eine Rückkehr zu ihren Traditionen und ebenso eine Senkung der Kriminalität unter den Roma. Hintergrund ist die anhaltende Diskriminierung der Roma auch in Tschechien. Der größte Teil von ihnen ist arbeitslos. Rund 75% der Roma-Kinder werden auf Sonderschulen verwiesen, ihre „Aussicht“, auf eine Sonderschule zu kommen, ist ungefähr 27 Mal so hoch wie die von Nicht-Roma-Kindern. Ist ein Kind aber erst einmal auf eine Sonderschule abgeschoben, hat es kaum noch Aussicht, auf die Grundschule zurückzukehren. Folge: Das Bildungsniveau der Roma-Jugend ist äußerst niedrig, ihre Chancen, Arbeit zu finden, entsprechend gering ... Ein Teufelskreis ohne Ende. Die Roma-Community betrachtet mit



Am 26.1. versammelten sich vor der Daimler-Benz-Filiale in Warschau über 100 Menschen, die dem Aufruf der „deutsch-polnischen Initiative gegen den Schlussstrich“ folgten: Sie forderten den Konzern auf, den Beitrag für eine angemessene Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter zu erhöhen und alle Hindernisse für eine schnelle und vollständige Auszahlung endlich zu beseitigen. Parallel dazu fand eine Protestaktion in der Filiale statt: „Gutgekleidete Vertreter der deutschen Zentrale der Daimler Benz AG“, überbrachten dem Personal eine „schriftliche Anweisung der Stuttgarter Zentrale, unverzüglich fünf hochwertige Limousinen zur Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen zu spenden. Entsprechende Hinweistafeln hatte die Firmendelegation gleich mitgebracht, auch Mechaniker in Mercedes-Benz-Overalls, die mit der Ausschilderung der Wagen begannen und sie für den Abtransport vorbereiteten.“ (www.umbruch-bildarchiv.de)

Sorge, dass ihre Jugend aufgrund der Hoffnungslosigkeit ihrer Lage vielfach in die Kleinkriminalität abgedrängt wird und dass die staatliche Diskriminierung dann durch die Gerichte fortgesetzt wird.

PUK / KDP: „Keine Befehlssoldaten“

Talabani (PUK) und Barzani (KDP) haben angekündigt, im Falle einer Intervention gegen den Irak nicht gemeinsam mit den USA handeln zu wollen. Talabani erklärte, die Kurden seien ein Teil des Iraks und ihr Ziel sei, innerhalb eines freien, demokratischen Irak zu einer politischen Lösung zu kommen, die die Rechte der Kurden garantiere. Zu einem Angriff der USA auf den Irak werde seine Organisation nicht beitragen. „Wenn die USA den Irak angreifen, gibt es nichts, was wir tun können. aber wir werden auf keinen Fall zum Befehlssoldaten der USA oder von irgendwem anders werden. Wir werden uns auch nicht als Verhandlungstrumpf oder Druckmittel gegen Bagdad benutzen lassen.“ Auch Talabani verneinte die Frage, ob seine Organisation im Irak eine ähnliche Rolle übernehmen werde wie die Nordallianz in Afghanistan. „Wir als kurdische Bewegung werden uns nicht auf ein ungewisses Abenteuer einlassen ... Gleichermassen werden wir auch kein anderes Veränderungsprojekt unterstützen, dessen Alternative wir nicht sehen.“ (isku, 11.2.)

Zusammenstellung: scc

BIELEFELD. Dank eines massiven Aufgebots von 2000 Polizisten konnten am 2. Februar rund 1500 Neonazis aus dem Spektrum der NPD und der „freien Kameradschaften“ in Bielefeld aufmarschieren. Ihr Marsch richtete sich gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“, die noch bis zum 17. März im Historischen Museum zu sehen ist. 8000 Menschen folgten einem Aufruf des DGB und demonstrierten gegen den braunen Mob. Rund 2000 Antifaschisten versuchten, den Aufmarsch der Nazis direkt zu verhindern. Die Demo der NPD wurde mehrfach direkt angegriffen. Die Polizei verhängte Redeverbote gegen den früheren Chef der verbotenen Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP), Friedhelm Busse, und den Hamburger Neonazi Christian Worch. Die „Freien Kameradschaften“ kündigten inzwischen einen erneuteten Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung in Bielefeld an. Laut Christian Worch soll dieser am 2. März stattfinden. www.antifa-dueren.de



Aufruf: „Keine deutschen Soldaten auf arabische Schlachtfelder!“

FRANKFURT A.M. Die Anzeichen verdichten sich. Der Krieg wird über Afghanistan hinaus ausgeweitet. Iran, Irak, Nordkorea, aber auch Somalia und Jemen sind im Visier der USA. Deutsche Soldaten sind in diese Kriegspolitik eingebunden. Deutschen Soldaten dürfen nicht in den Krieg geschickt werden. Die Militäreinheiten müssen sofort zurück geholt werden. Das ist die zentrale Forderung eines Aufrufes namhafter Persönlichkeiten und verschiedener Friedens- und Menschenrechtsorganisationen in Deutschland, der am 9. Februar in der *Frankfurter Rundschau* erschien. Die Unterzeichner rufen die Bürgerinnen und Bürger dazu auf, ihren Widerstand gegen die eingeleitete Kriegspolitik in allen geeigneten gewaltfreien Formen zum Ausdruck zu bringen. Unterschrieben wurde der Appell unter anderem von Professor Hans-Peter Dürr, Professor Gernot Böhme, Professor Andreas Buro, Professor Horst-Eberhard Richter, Professor Dorothee Sölle, Peter Rühmkorf, Professor Klaus Staech, Oskar Lafontaine, Horst Schmitthenn und Franz Alt sowie zahlreichen NGOs wie Pax Christi, Attac Deutschland, Bund für soziale Verteidigung, Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), Komitee für Grundrechte und Demokratie, Naturwissenschaftler-Initiative etc.

In dem Aufruf heißt es unter anderem: „Die Last des Krieges tragen die Völker. Ein neuer Krieg gegen den Irak kann voraussichtlich zu einem dreifachen Massenmord führen: An der kurdischen Bevölkerung im Norden und den Schiiten im Süden, (...) und unter der irakischen Bevölkerung (...) Der 11. September 2001 ist kein Freibrief für Krieg. (...) Kollateral-Tote sind wie die Opfer des 11.9. Menschen, denen das Menschenrecht auf „Leben, Freiheit und persönliche Sicherheit“ (...) geraubt wurde. Wir sagen deshalb: Die Durchsetzung von Menschenrechten

erfordert menschenrechtliche Mittel. Die Herstellung von Gerechtigkeit verlangt die Verwendung von gerechten Mitteln. Friedenspolitik bedarf der friedlichen, zivilen Mittel zu ihrer Verwirklichung.“

Eine zivile Friedenspolitik ist möglich. Für den Irak ist der UNO ein Verhandlungsmandat zu erteilen mit dem Ziel, neutrale Waffeninspektoren zuzulassen und das Embargo, verantwortlich für Hunderttausende von Toten, aufzuheben. Im türkisch-kurdischen Konflikt kann vom Westen im Sinne präventiver Politik viel zu einer politischen Lösung in der Türkei beigetragen werden. Im israelisch-palästinensischen Konflikt gilt es, die Waffenhilfe zu stoppen, internationale Überwachung durch Dritte durchzusetzen und unmissverständlich für die Verwirklichung der UN-Beschlüsse einzutreten, die einen eigenständigen Staat der Palästinenser vorsehen.“

www.ippnw.de

Deportation Class: Lufthansa verliert Prozess gegen Abschiebegegner

FRANKFURT A.M. Mit Urteilsverkündung vom 1. Februar 2002 hat das Landgericht Frankfurt alle Teile einer Verfügung auf-



gehoben, mit der Lufthansa im November 2001 die Nutzung eines Kleinbusses mit der Aufschrift „Lufthansa Deportation Class“ im öffentlichen Raum hat untersagen lassen. Silke Wagner, Künstlerin aus Frankfurt, sowie Hagen Kopp, Aktivist der „deportation class stop!“-Kampagne kündigten unmittelbar nach dem Urteil an, dass der Bus bei einer neuen Städteur wieder zum Einsatz komme.

Im mündlichen Verfahren am 25.1.02 hatten Lufthansa-Anwälte verzweifelt geltend zu machen versucht, dass der englischsprachige Begriff „deportation“ eine Assoziation mit der Deportationspolitik in der NS-Zeit beabsichtige und deshalb, vor allem bei einer Benutzung im öffentlichen Raum, als besonders rufschädigend einzuschätzen und zu untersagen sei. Auf Nachfrage mussten sie allerdings einräumen, dass Lufthansa bei Abschiebungen als Bezeichnung für die Betroffenen selbst den Begriff des „deportee“ verwende. Infos unter: www.aktivgegenabschiebung.de/lufthansa.html

Journalismus zwischen Kriegspropaganda und Friedenskultur

MÜNSTER. Am 2. Februar fand in Münster der Medienkongress „Vom Fernsehbild zum Feindbild – Journalismus zwischen Kriegspropaganda und Friedenskultur“ statt. In der Abschlusserklärung heißt es: „Seit die Bundeswehr an militärischen Interventionen weltweit teilnimmt, werden auch immer mehr Bereiche der Medien in Deutschland Teil einer politischen Rechtfertigungsstrategie mit dem Ziel, der Öffentlichkeit Legalität und Angemessenheit der Kriegseinsätze vorzugaukeln und dafür notwendige Aufrüstungen durchzusetzen. Kritischer Journalismus wird zur Ausnahme. Mit den so genannten „Sicherheitspaketen“ werden weitere Einschnitte in die Pressefreiheit, den Quellschutz und das Briefgeheimnis geplant. In den Redaktionen nimmt der Druck auf kritische Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter zu. Die Öffentlichkeit wird gezielt mit professionellen PR-Kampagnen belogen und manipuliert, womit Feindbilder aufgebaut oder verfestigt werden.

Den Missbrauch von Medien für Kriegspropaganda und die Einschränkung von Presse- und Meinungsfreiheit nehmen wir nicht hin. Wir setzen uns ein für einen Journalismus, der Kriegsursachen aufdeckt, Feindbilder aufbricht und über zivile Alternativen aufklärt. Wir leisten Widerstand gegen alle Versuche, militärkritische Stimmen mundtot zu machen. Insbesondere wehren wir uns gegen die Bespitzelung von JournalistInnen, Medien und Informationswegen, wie sie mit den „Sicherheitspaketen“ verschärft werden soll. Wir werden durch demokratische Vernetzung von Medienschaffenden und -aufnehmenden sowie verschiedenen sozialen und politischen Bewegungen Gegenöffentlichkeit schaffen und zeigen, was wir unter Frieden verstehen. Wir suchen die Zusammenarbeit zwischen Medienproduzierenden, Wissenschaften und Friedensbewegung, um in der Gesellschaft einen kritischen und verantwortungsbewussten Umgang mit Medien zu fördern.“ www.dfg-vk.de

Protestaktion während der Nürnberger Spielzeugmesse

NÜRNBERG. Das „Nürnberger Bündnis Fair Toys“, ein Zusammenschluss von kirchlichen Organisationen und Menschenrechtsgruppen, protestierte bei der Eröffnung der 53. Internationalen Spielwarenmesse in Nürnberg für menschenwürdige Arbeitsbedingungen in den Spielzeugfabriken des Fernen Ostens. Die Demonstranten warfen den großen Herstellern wie Dickie/Simba oder Hasbro vor, in ihren Produktionsstätten, die sich bis zu 70 Prozent in Ostasien befinden, soziale Mindeststandards zu missachten. So seien in chinesischen Spielzeugfabriken Frauen ohne Gesundheitsschutz giftigen Dämpfen und Faserstäben ausgesetzt. Zwar hätten sich die Großkonzerne und der Weltdachverband der Spielwarenindustrie zur Einhaltung von Verhaltensregeln verpflichtet, erklärte ein Sprecher des Bündnisses. Diese stünden jedoch zumeist nur auf dem Papier. Mit Ausnahme der Firma Mattel würden unabhängige Kontrollen verweigert. *epd, sz 1.02.2002*

NPD-Schulungszentrum in der Pfalz konnte verhindert werden

DREISEN DONNERSBERGKREIS. Mit großer Mühe konnte der Landrat des pfälzischen Donnersbergkreises ein NPD-Schulungszentrum in der Pfalz verhindern. Der Landesverband der rechtsextremen Partei wollte den Landgasthof „Lochmühle“ in der 1000-Seelen-Ortschaft Dreisen übernehmen, um dort Konzerte und Schulungen abzuhalten. Nach Angaben des rheinland-pfälzischen Lan-

desvorsitzenden Martin Laus hatte man bereits mehrere Investoren an der Hand, die das Objekt gekauft und anschließend an die NPD vermietet hätten. Doch noch bevor diese Pläne verwirklicht werden konnten, kaufte die Sparkasse Donnersbergkreis auf Initiative von Landrat Winfried Werner den Gasthof für ca. 562.000 Euro (1,1 Millionen Mark). Die Lochmühle, in der es in den vergangenen acht Wochen drei Konzerte mit Neonazi-Bands gegeben hatte, wird nun an das „Christliche Jugenddorf“ vermietet. „Das NPD-Schulungszentrum hätte der ganzen Region nur geschadet!“, begründete der Landrat sein Engagement. – blick nach rechts 3/2002 www.bn.de



SchülerInnen im Saarland aktiv für die Rückkehr der Familie Özdemir

MERZIG. Am 31. Januar nahmen im saarländischen Merzig 250 Jugendliche an einer Demonstration teil, zu der SchülerInnen aus 21 Schulen und Jugendclubs aufriefen. Sie fordern die Rückkehr der Familie Özdemir und ein gesichertes Bleiberecht für die zwei zunächst nicht abgeschobenen Söhne Tahsin und Emrullah Özdemir. Auch der Vorsitzende der evangelischen Kirche in Deutschland, Manfred Kock aus Düsseldorf, hat sich für die Familie eingesetzt, die 14 Jahre in Deutschland lebte und arbeitete. Während er mit der CDU redete, wurde die Familie am 14. November abgeschoben. Die Schülerinitiative gegen Abschiebungen, SiGa, richtete zusammen mit dem Unterstützerkreis eine Internetseite ein. Sie enthält Informationen über die Familie und den Tag der Abschiebung, sie informiert in Wort und Bild über die aktuellen Proteste; mit einem eigenen Link kann man sofort per Mausklick dem saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller seine Meinung sagen. Derzeit finden wöchentlich Mahnwachen in Wadern statt; für die jüngste übernahmen z.B. die Buchhandlungen „Bücherhütte“ in Wadern und „Rote Zora“ in Merzig die Patenschaft. Außerdem ist ein Solokonzert geplant. Weiterhin ist eine große Demonstration in Saarbrücken im Gespräch. www.familie-oezdemir.de

Offener Brief von ABAD an den Innenminister Köckert in Thüringen

ERFURT. Die „Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen“ (ABAD) schreibt in ihrem Brief vom 8. Februar 2002: „In den letzten Wochen fanden mehrere rassistisch motivierte Angriffe auf ausländische Menschen in Thüringen statt. Am 19. Januar wurden türkische Mitbürger aus Ilmenau in einer Diskothek in Ilmenau angepöbelt und später durch die Straßen gejagt, ebenfalls am 19. Januar wurde ein chinesischer Gastprofessor in Jena auf der Straße überfallen und verletzt, am 24. Januar wurden zwei irakische Asylbewerber in Gera überfallen, am selben Tag wurde ein indischer Jugendlicher auf dem Anger in Erfurt angegriffen und verletzt, am 27. Januar wurde ein russischer Wissenschaftler in Jena tödlich angegriffen und musste medizinisch behandelt werden, am 01. Februar wurden in Zella-Mehlis (Struth) zwei junge Frauen von bekannten Rechtsextremen in einem Jugendtreff überfallen, in der darauf folgenden Nacht zum 02. Februar findet – wieder in Zella-Mehlis – ein Überfall auf eine Karnevalsveranstaltung statt, bei dem mehrere anwesende Jugendliche zum Teil schwer verletzt wurden. Nur drei Tage später wird – erneut in Zella-Mehlis – eine junge Antifaschistin auf offener Straße überfallen und schwer verletzt ... Da Rechtsextremismus kein ausschließlich lokales Phänomen ist, fordern wir Sie, Herr Köckert, und die Landesregierung auf, sich Konzepte antirassistisch engagierter Personen und Gruppen anzuhören, zu prüfen und umzusetzen.“ Durch könnte das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und Rassismus verbessert werden. www.abad-th.de

Wiesbaden erklärt im 2. Anlauf die Rasterfahndung für rechtswidrig

WIESBADEN. Das Landgericht Wiesbaden hat am 7. Februar 2002 auf Antrag eines Giessener Studenten die in Hessen laufende Rasterfahndung für rechtswidrig erklärt. Der Beschluss des Amtsgerichts Wiesbaden vom 24.09.2001, der die juristische Grundlage der Rasterfahndung darstellt, wurde explizit aufgehoben. „Wir hoffen, dass sich jetzt endlich die Universitäten und Meldebehörden bereit erklären, die von hunderten von Studierenden beantragte Auskunft über die Datenübermittlung, zu beantworten,“ erklärt Christian Höflinger vom Giessener AStA. www.stud.uni-giessen.de



Die Proteste gegen die Münchner Nato-Konferenz belegen eindrucksvoll, dass in der BRD eine Kultur des zivilen Ungehorsams entstanden ist, die staatlichen Attacken schon etwas entgegensetzen kann. Das Aktionsbündnis, wir dokumentieren die Schlußerklärung (Dok. 1), blieb trotz des enormen Drucks standhaft. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister der Stadt, Ude, hat sich durch erkennbare Falschmeldungen der Staatsschutzorgane dazu treiben lassen, Verbote auszusprechen. Der Verlauf der Aktionen und der vielen Gegenveranstaltungen hat, ebenso wie der säbelrasselnde Inhalt der Konferenz zu einer nachhaltigen Protestbewegung geführt (eines für viele: Dok. 2). Nun spitzt sich alles auf die Frage zu: was wird im nächsten Jahr. Wird München zur Hauptstadt der psychologischen Kriegsführung oder verziehen sich die Kriegsplaner angesichts einer kritischen Öffentlichkeit auf irgendein Militärgelände? Wie wird sich die SPD verhalten? Einen Vorgeschmack bietet die Rede Udes, in der er versucht, dazustellen, wieso er sowohl für die Kritik an der Konferenz ist wie auch für das Verbot dieser Kritik. (Dok. 3).



pm 4.2.02 Bevor wir zu einer politischen Bewertung unserer Aktivitäten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz schreiten, möchte ich allen FreundInnen und GenossInnen, die an den Vorbereitungen für dieses Wochenende beteiligt waren und auch an den Tagen selber viel Kraft und Energie investiert haben, ein dickes Lob aussprechen: „Ihr wart super!“ Wir schicken allen Leuten, die immer noch auf Staatskosten untergebracht sind, unsere solidarischen Grüße und fordern ihre unverzügliche Freilassung.

Dok. 1:

Erklärung der Pressegruppe des „Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz“

Etwa Zehntausend Menschen, die trotz des über München verhängten „Ausnahmestandes“ in die Bayernmetropole gereist sind, haben sich ihr Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit zurückerobern. Jegliche Versuche unsererem legitimem Recht auf Protest und Widerstand den „kollektiven Maulkorb“ zu verpassen, sind ins Leere gelaufen. Wir haben die Anschuldigungen von OB Ude, Innenminister Beckstein und dem

Münchner Polizeipräsidenten Koller, die den Medien, der Münchner Bevölkerung und den bayerischen Gerichten ein „2. Genua“ vorgaukelten, als plumpe Lüge entlarvt.

Es steht außer Frage, München war ein politischer Erfolg für uns, der Brückenschlag zwischen den Bewegungen gegen Globalisierung und Militarismus ist gelungen. Und dies obwohl seitens der bayerischen Institutionen seit Wochen ver-

sucht wird, unsere Vorbereitungen massiv zu behindern: Angefangen beim Druck des Münchner OB, auf von der Stadt finanziell abhängige Einrichtungen, über die Kündigung unseres Kontos durch die Stadtsparkasse, bis zur Kriminalisierung eines Mobilisierungsflugblattes und -plakats durch das Münchner Landgericht.

Um nicht missverstanden zu werden, es gibt keinen Grund die Sektkorkenknallen zu lassen. Über 700 Festnahmen und zahlreiche Verletzte sprechen für sich! Bei genauerem Blick auf den Verbotsbescheid des Kreisverwaltungsreferates bleibt zu befürchten, dass die Durchsuchung des Infoladen München, vom 31.1., lediglich den Beginn weiterer Repressionsmaßnahmen gegen das „Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz“ markiert. Das Bündnis wird noch geraume Zeit damit beschäftigt sein, die „Nachwehen“ dieses Wochenendes aufzuarbeiten, es geht darum den angewachsenen Schuldenberg abzuarbeiten, sich um die Verfahren zu kümmern, die auf einige TeilnehmerInnen zukommen werden oder um die Feststellungsklage, die gegen das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, durchgefechtes sein will.

Die Versuche, den Protest gegen die Kriegstreiber im „Bayerischen Hof“ im Keim zu ersticken, sind eindeutig fehlgeschlagen. Obwohl die Einreise nach München massiv behindert wurde, etwa komplette Busse wieder auf den Heimweg geschickt wurden, beispielsweise aus Wien, Zürich und Berlin, waren wir Tausende. Auch die Absicht, über die penetrante Thematisierung der sogenannten Gewaltfrage, einen Spaltkeil ins Bündnis zu treiben schlug fehl. Ganz im Gegenteil, besonders in der letzten Woche vor der NATO-Sicherheitskonferenz rückte nicht nur das Bündnis enger zusammen, sondern erfuhr sogar durch mehrere stadtfinanzierte Gruppen eine politische Rückenstärkung.



Die Proteste gegen die Nato-Sicherheitskonferenz und die Versuche, sie mit allen Mitteln zu bekämpfen, erreichten Samstagnachmittag ihren Höhepunkt, als sich trotz Verbots ein Demonstrationszug von 10.000 Menschen am Marienplatz formierte. Ein massives und martialisches Polizeiaufgebot konnte auch in der Folge nicht verhindern, dass es bis spät in den Abend immer wieder zu Protestaktionen kam. Allerdings überspannten einige Polizeiführer, im Rausch des Ausnahmezustands, den Bogen, als sie das Gewerkschaftshaus als Angriffsziel wählten. Dort fand eine Veranstaltung des Bündnisses gegen die Nato-Sicherheitskonferenz mit über 300 Leuten statt. Mit der Begründung, es gäbe „gesicherte Erkenntnisse“, dass diese Leute Straftaten planten, sollten sie einzeln das Gewerkschaftshaus verlassen und sich der Polizei ergeben. Dieses völlig inakzeptable Vorgehen, hatte allerdings genau die gegenteilige Wirkung, es mobilisierte die Solidarität und die Entschlossenheit der zum grossen Teil gewerkschaftlich organisierten FriedensaktivistInnen.

Kommt und holt uns! In gemeinsamer Diskussion kamen die Eingeschlossenen schnell überein sich und das Gewerkschaftshaus zu verteidigen und stellten

folgende Gegenforderungen auf:

- Sofortiger Abzug aller Polizeieinheiten
- Freilassung aller Gefangenen
- Auflösung aller noch bestehenden Kessel

Als Alternative kam somit nur ein Polizeiangegriff auf das DGB-Haus oder eine langanhaltende Belagerung in Frage. Beides erschien den inzwischen informierten politisch Verantwortlichen nicht als erstrebenswert. Nach Abzug aller Polizeikräfte, verließen die KollegInnen friedlich das Gebäude.

Wir sind friedlich, was seid ihr? Der Abbau an bürgerlich, demokratischen Grundrechten erreicht von Tag zu Tag ein immer schauerlicheres Ausmaß. Das Beispiel München hat gezeigt wie dünn die Fassade der freiheitlich demokratischen Grundordnung ist. Mit polizeistaatlichen Methoden sollte Kritik am herrschenden ökonomischen und militärischen Imperialismus der reichen Industriestaaten zum Schweigen gebracht werden. Die Repression alleine zeigt, wie richtig und wichtig eben diese Kritik, die viele KollegInnen teilen, ist. Wer Kriegstreiber, Waffenproduzenten und Militärs hofiert, ist nicht unser Partner, sondern unser Gegner. Mit Recht machte die Rechtsanwältin Angelika Lex darauf aufmerksam,

dass es sich bei der nicht genehmigten Demonstration um eine Ordnungswidrigkeit, vergleichbar dem Falschparken, handelte. Eine Behandlung aller Falschparker auf die gleiche Art und Weise aber ist völlig undenkbar, dabei geht es hier, um nicht mehr und nicht weniger, als um das Demonstrationsrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Haut ab! Haut ab! Die letzten, die sich so etwas ähnliches getraut haben, waren im Mai 1933 die SA und SS, als die Gewerkschaften endgültig zerschlagen wurden. Der Angriff auf das Gewerkschaftshaus am 2. Februar, fast tausend unschuldig Festgenommene, viele verletzte friedliche DemonstrantInnen und die Aufhebung der demokratischen Grundrechte liegt in der Verantwortung von Innenminister Beckstein (CSU) und Oberbürgermeister Ude (SPD).

Sei dies aus Dummheit oder Berechnung geschehen: Wir fordern den Rücktritt dieser beiden Politiker, die in unverantwortlicher Weise, die Demokratie, die Freiheit und die körperliche Unversehrtheit unserer KollegInnen gefährdeten.

4. Februar 2002. M. Bleicher, Sprecher der GEW Jugend Bayern (LASS); M. Bayer, Sprecher der GEW Jugend München (GEW HGs); M. Treiber, GEW Hochschulgruppe Uni München (GEW HG UM); D. Zilic, AK Gewerkschaften Uni München

Das Verhalten der Bayerischen Staatsregierung, das eher einem Obrigkeitstaat, als einer Demokratie zu Gesicht steht, ist nicht nur in Deutschland zur Kenntnis genommen worden. Aus Protest gegen das Totalverbot in München kam es z.B. in mehreren italienischen Städten zu Kundgebungen vor deutschen Botschaften und Konsulaten. Auch in Porto Alegre und New York war der Ausnahmezustand in München Thema. Die Bilder dieses Wochenendes sind um die ganze Welt gegangen und haben deutlich gezeigt, dass hier verfassungsmäßig garantierte Grundrechte, von bayerischen Po-

litikern außer Kraft gesetzt wurden. Letztendlich haben sie dem Ansehen der Stadt München, der sogenannten „Weltstadt mit Herz“, einen „Bärendienst“ erwiesen.

Uns ging es weder an diesem Wochenende, noch in der Vorbereitung unserer Aktivitäten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz, um eine Konfrontation mit der Polizei. Permanent wurde uns eine Distanzierung von sogenannten Gewalttätern abverlangt. Unsere politischen Beweggründe, gegen die Kriegsstrategen aus NATO und EU zu demonstrieren, wurde schlichtweg ignoriert und

die politische Breite des Bündnisses so gut wie nicht zur Kenntnis genommen. Mit dem Aufruf „Von Genua nach München“ wollten wir verdeutlichen, dass die politische Auseinandersetzung nicht isoliert in den Teilbereichsbewegungen geführt werden kann, wenn an den herrschenden Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnissen gerüttelt werden soll. Die Bekämpfung dieser kapitalistischen Verhältnisse, kann keinen Erfolg haben, wenn nicht auch deren militärisches Durchsetzungsinstrument, die NATO, in den Focus von Protest und Widerstand gerückt wird.





Unser politisches Interesse liegt darin, die GegnerInnen des globalisierten Kapitalismus mit denen zusammenzubringen, die den „militärischen Arm“ desselben, als Schwerpunkt ihrer politischen Auseinandersetzung betrachten.

Wir haben die AktivistInnen dieser beiden Bewegungen nach München mobilisiert, um unsere Anliegen gemeinsam auf die Straße zu tragen und den Kriegsplanern aus NATO und EU zu verdeutlichen: „Ihr seid weder hier noch anderswo erwünscht!“ Außerdem haben wir im Rahmen der Internationalen Veranstaltung, einen Ort des Austausches und der gemeinsamen Diskussion schaffen wollen, der über München hinaus die Perspektive einer internationalen Zusammenarbeit eröffnen könnte.

Tausende von DemonstrantInnen, die sich von der sogenannten „bayerischen Linie“ nicht abschrecken ließen und weltweit rüberbrachten, dass der Versuch der Entsorgung ihrer Grundrechte nicht hingenommen wird. Das immense Interesse der Medien, das sicherlich auch vor dem Hintergrund eines heraufbeschworenen „2. Genua“ vorhanden war, hat in der öffentlichen Wahrnehmung eindeutig gezeigt, dass nicht wir es sind, von denen die Gewalt ausgeht. Das von Ude, Beckstein und Koller konstruierte Horrorszenario von Tausenden gewaltbereiter Chäoten, hat sich am Wochenende in weit überzogenen brutalen Übergriffen der Einsatzkräfte ausgedrückt.

Insgesamt betrachtet, beurteilen wir die Aktivitäten gegen die NATO-Sicherheitskonferenz als Erfolg. Der erste sichtbare Beweis war die Verlegung des Empfangs der Teilnehmer der NATO-Sicherheitskonferenz, durch OB Ude, vom „Alten Rathaus“ in ihre „Tagungsfestung“, den „Bayerischen Hof“. – Wir gehen davon aus, dass uns im nächsten Jahr die Anwesenheit der Kriegsstrategen aus NATO und EU erspart bleiben wird. Natürlich ist dies nicht die Lösung des Problems, sie sollen sich auch nicht wo anders treffen können. Letztendlich geht es um die Auflösung der NATO, überhaupt um die Abschaffung sämtlicher militärischen Interventionsarmeen und -bündnisse.

Dok. 3: Begrüßungsrede von Oberbürgermeister Christian Ude anlässlich des städtischen Empfangs für die Teilnehmer der Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik am 1. Februar 2002

Sehr geehrte Damen und Herren, meine Herren Minister, Exzellenzen, meine Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Gäste unserer Stadt, ich heiße Sie herzlich willkommen in München. Diese Konferenz findet zum 38. Mal in München statt. Bereits zum 4. Mal habe ich die Ehre, Sie auf einem städtischen Empfang zu begrüßen. In den vergangenen Jahrzehnten gab es keine Einwände gegen dieses Treffen. Das ist in diesem Jahr anders. Eine große Protestbewegung hat sich angesagt und es gab auch Kritik an dieser städtischen Einladung. Ich will deshalb eingangs feststellen:

1. Für München ist es eine Ehre, Ort bedeutender internationaler Begegnungen wie dieser Konferenz zu sein. München möchte sich als guter Gastgeber erweisen.

2. Es ist nicht schlecht, sondern gut, dass Fragen der Internationalen Sicherheit kontrovers und öffentlich diskutiert werden, unter Einbeziehung von Parlamentariern.

3. Es gehört zum Wesen internationaler Konferenzen, dass unterschiedliche Meinungen und auch gegensätzliche Interessen geäußert werden.

Dies kann kein Grund sein, die Gastfreundschaft zu verweigern.

4. Nach den militärischen Operationen, mit denen auf die Terror-Anschläge vom 11. September geantwortet wurde, kann die größere öffentliche Aufmerksamkeit niemanden überraschen.

Für die deutsche Politik steht es außer Zweifel, dass es ein Recht zur Gegenwehr gibt. Man kann den Terrorismus von Massenmördern und Selbstmordattentätern nicht allein durch gutes Zureden beseitigen und einen Milliardär wie Bin Laden wird man nicht mit Entwicklungshilfegeldern befrieden können.

Auf der anderen Seite ist es ebenso richtig, dass eine konfliktbedrohte Welt nicht durch Militäraktionen allein sicher gemacht werden kann.

Der Ruf nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und nach Respekt zwischen den Kulturen und Religionen ist berechtigt, ebenso die Aufforderung, sich nicht auf militärische Aspekte zu beschränken. Und auch die Diskussion

militärischer Fragen darf nicht einseitig sein.

Die Frage der Verhältnismäßigkeit der Gegenwehr und Opfer militärischer Operationen dürfen nicht verdrängt werden.

5. Ich habe im Vorfeld den Kritikern zugerufen: Wer den Frieden will, verhält sich friedlich.

Die Meinungsfreiheit und das Demonstrationsrecht gehören zu den grundlegenden Rechten einer freiheitlichen Gesellschaft. Selbstverständlich hätten friedliche Demonstrationen stattfinden dürfen.

Leider haben aber die Veranstalter mit aggressiven und militärischen Tönen und mit Aufrufen zu Störaktionen eine gewaltbereite Szene angelockt.

Die Polizei hat Erkenntnisse, dass Tausende gewaltbereiter Demonstranten Ausschreitungen in München wünschen. Diese Aktivitäten mussten unterbunden werden.

Das bedeutet aber nicht, dass Kritik an dieser Konferenz und den hier vertretenen Regierungen und den hier erörterten Konzepten unzulässig wäre.

Kritik ist legitim.

6. Ich wünsche Ihrer Konferenz einen guten Verlauf, vor allem neue Erkenntnisse, wie durch rechtzeitige politische Lösungen Gewaltanwendung vermieden werden kann.

Bitte widerlegen Sie die Befürchtung, dass nach dem Ende des Kalten Krieges

und des Gleichgewichts des Schreckens militärische Operationen wieder als Fortsetzung der Politik betrachtet werden.

Nach dem Ende des 2. Weltkriegs haben die Städte noch vor den Staaten mit Partnerschaften zur Völkerverständigung beigetragen und zur Überbrückung alter Feindschaften.

Die Städte und ihre Menschen leiden am meisten unter kriegerischen Auseinandersetzungen. Deshalb kann ich hier – als einziger Vertreter der Städte bei diesem Treffen – nur den Wunsch äußern, den Frieden zu bewahren und wo erforderlich wieder herzustellen und keinesfalls die Bereiche militärischer Gewaltanwendung auf weitere Länder oder Regionen auszuweiten.

In diesem Sinne heiße ich Sie herzlich willkommen in München.



Gegen Ausweitung von Sonntagsöffnungen.

ESSEN. Die PDS-Gruppe lehnt die erneute Ausweitung der Ladenöffnungszeiten an Wochenenden ab. Nach der im Ordnungsausschuss behandelten Vorlage für die Ratssitzung am 27.2.2002 sollen die Geschäfte in diesem Jahr an sechs Samstagen in der Innenstadt und acht Samstagen in einzelnen Stadtteilen bis 18.00, 19.00 oder sogar 20.00 Uhr geöffnet bleiben. Des weiteren sollen 16 Sonntagsöffnungen für einzelnen Stadtteile genehmigt werden. Das führt zu unzumutbaren zusätzlichen Belastungen für die Verkäufer/innen. Die Begründungen für die Sonderöffnungen sind z.T. haarsträubend. In Frintrop muss am Samstag, 9.11., ein im letzten Jahr als nicht genehmigungsfähig angesehener Martinszug für die Öffnung der Geschäfte bis 20.00 Uhr herhalten. In Holsterhausen soll der „Bunte Herbst“, der seit vielen Jahren sammstags stattfindet, auf zwei Tage ausgedehnt werden, in Rüttenscheid sollen sowohl das Rü-Fest als auch der „historische Markt“ auf zwei Tage ausgedehnt werden. In Kupferdreh soll der Weihnachtsmarkt in diesem Jahr statt sammstags an einem Sonntag eröffnet werden und in Frohnhausen wird ein alter „traditioneller“ Anlass wieder hervorgezäubert: Dort soll am Sonntag, 30.6., der Handwerkermarkt wiederbelebt werden, der seit rund 10 Jahren nicht mehr stattfand – und früher an einem Samstag war. Gleichzeitig soll der Beginn des Weihnachtsmarktes in der Innenstadt trotz der Kritik der Kirchen noch weiter auf den 16.11. vorverlegt werden, damit er nicht unmittelbar vor den ohnehin verkaufslosen Adventssamstagen liegt. Es gibt entsprechende Gerichtsurteile, die fünf verkaufslosen Samstage hintereinander für unzulässig halten und eine Eröffnung am 23.11. müßte ohne längere Geschäftszeiten stattfinden – was nach Ansicht der PDS alles andere als schlimm wäre. „Es ist offensichtlich, dass einige Anlässe extra geschaffen wurden, um die Schutzzvorschriften des Ladenschlussgesetzes zu unterlaufen,“ so PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke. „Das werden wir im einzelnen noch prüfen. Für uns ist die Diskussion nicht beendet.“ www.pds-essen-im-rat.de

Privatisierung der Stadtmärkte führt zum Chaos. KÖLN. Jetzt haben CDU und FDP einen Antrag auf Überführung der Stadtmärkte in private Hand gestellt. Hintergrund ist die Forderung einer kleinen Kölner Marktgenossenschaft nach Privatisierung. Sprecher der Marktgenossenschaft ist der FDP-Politiker Schiffer. Die PDS lehnt eine solche Privatisierung ab. Die große Mehrheit der Marktbeschicker ist gegen eine Privatisierung und in der IG Kölner Wochenmärkte e.V. zusammengeschlos-

sen. „Eine Privatisierung ist töricht, weil der Großmarkt auf eine Zusammenarbeit mit den Märkten angewiesen ist. Dadurch kann sogar der Ausbau des Großmarktes in Schwierigkeiten kommen“, meint PDS-Ratsmitglied Jörg Detjen. „Darüber hinaus wird eine einseitige Vergabe in die Hände der Kölner Marktgenossenschaft zu einem Riesenkrach zwischen den Marktbeschickern führen“. Bislang kann das städtische Marktamt Interessenskonflikte ausgleichen. www.pds-koeln.de

Bund soll Kinderbetreuung mit finanzieren.

BERLIN. Die Aufforderung der Bundesfamilienministerin an Städte und Gemeinden, möglichst bald ein flächendeckendes Angebot von Ganztagsbetreuungsplätzen für Kinder anzubieten, ist in der Umsetzung nicht realistisch. Für bedarfsgerechte Betreuungsplätze müssen nach Schätzungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) rund 25 Milliarden Euro aufgewandt werden. Dies ist nur langfristig und auch nur mit Hilfe des Bundes möglich. „Die notwendige familienpolitische Offensive können die Städte und Gemeinden nicht allein schultern. Es handelt sich um eine gesamt gesellschaftliche Aufgabe, die auch von Bund, Länder, Gemeinden und Wirtschaft gemeinsam finanziert werden muss“, sagte Dr. Gerd Landsberg vom DStGB in Berlin. Kurzfristig könne der Bund die Situation durch die Änderung des Ehegattensplitting in ein Realsplitting verbessern und die dadurch frei werdenden Mittel von ca. 4 Mrd. Euro den Kommunen für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen zur Verfügung stellen. Damit wären erste Schritte möglich. www.dstgb.de

Städte wollen neues Fördersystem für Langzeitarbeitslose.

AUGSBURG. Die Städte warnen entschieden davor, die 1,5 Millionen Bezieher von Arbeitslosenhilfe künftig zu Sozialhilfeempfängern zu machen. Statt einer Übertragung der Arbeitslosenhilfe auf die kommunale Sozialhilfe verlangte der Deutsche Städettag am 6. Februar in Augsburg, dass der Bund durch ein eigenes, aus Steuermitteln finanziertes Leistungsrecht alle Langzeitarbeitslosen wirksamer unterstützen solle. Das hieße, dass Langzeitarbeitslose keine Sozialhilfe mehr erhalten. Im Rahmen einer Neuregelung sollten in einem eigenständigen Leistungsrecht gezielte Hilfen für Langzeitarbeitslose entwickelt werden, die deren Beschäftigungschancen tatsächlich verbessern. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass ein einheitliches Hilfesystem für Arbeitslose die Gruppen bevorzuge, die noch nicht lange arbeitslos sind, die Langzeitarbeitslosen dagegen benachteilige. www.staedtetag.de
Zusammenstellung: baf

Aus Anlass des 30. Jahrestages des sogenannten „Extremistenerlasses“ fand in Hamburg eine gemeinsam von der GEW, Lvbd. Hamburg, und dem Arbeitsausschuss organisierte Konferenz „30 Jahre Berufsverbote mahnend: Kein neuer Grundrechtsabbau!“ im überfüllten Curio-Haus statt. Wir dokumentieren nachfolgend die Rede von Ilona Wilhelm, 2. Vorsitzende der GEW Hamburg sowie die Kongresserklärung

Berufsverbote

30 Jahre ist es her, dass der jungen bundesrepublikanischen Demokratie schwerer Schaden zugefügt wurde.

Damals beschlossen der damalige Bundeskanzler Willy Brandt und die Ministerpräsidenten der Länder den sog. Radikalerlass. Damit wurde die Berufsverbotspolitik, die zwei Monate zuvor in Hamburg ihren Ausgang nahm, auf die gesamte Bundesrepublik ausgedehnt. Die Folgen waren verheerend. Millionen BewerberInnen und Angehörige des öffentlichen Dienstes wurden auf ihre Verfassungstreue hin durchleuchtet. Tausende mussten inquisitorische Berufsverbots- und Disziplinarverfahren über sich ergehen lassen. Hunderte wurden schließlich abgelehnt bzw. entlassen. Allein in Hamburg hat es 90.000 Regelanfragen gegeben. Besonders betroffen waren Lehrkräfte und Hochschulangehörige, aber auch Angehörige des öffentlichen Dienstes. 1972 war ich Lehramtsstudentin hier in Hamburg, und ich kann mich noch gut erinnern. Was für eine Aufregung in den Seminaren war. Wie verunsichert, entsetzt, aber auch wütend wir gewesen sind, als mit Bernard Laux und Heike Gohl die ersten Berufsverbote verhängt worden sind. Viele von uns konnten es nicht fassen, dass so etwas unter einer SPD-Regierung möglich ist, die mit der Losung „Mehr Demokratie wagen“ angetreten ist und gerade unter den jungen Menschen viele Stimmen gewonnen hatte. In Hamburg ging diese politische Raserei so weit, dass zwei LehramtskandidatInnen, Marita Hindemith und Peter Altenburg, noch nicht einmal ihre Ausbildung beenden durften, sondern aus dem Referendariat geworfen wurden. Von den Universitäten ausgehend hat sich dann eine breite Protestbewegung gegen die Berufsverbotspolitik entwickelt, die bis ins liberale Lager hineinreichte und internationale Unterstützung fand.

Diese Auseinandersetzungen haben auch ihre kulturellen Widerspiegelungen erfahren: So hat das Hamburger Schauspielhaus in dem Programmheft zu seiner Don Carlos-Aufführung aktuelle Bezüge zu den Berufsverboten hergestellt. Der Marburger Theaterhaufen hat in der Hexenhammer-Revue die Berufsverbots-

Initiative „Weg mit den Berufsverboten“, Arbeitsausschuß (Prof. Dr. N. Paech, E. Spoo, Dr. K. Dammann, H. Bethge), c/o H. Bethge, Saseler Kamp 69a, 22393 Hamburg, Tel. + Fax: 040/6015212, e - mail: horst.bethge@T-online.de, www.Berufsverbote.de, Kto.: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Kto. Nr 1210/483 101 (H. Bethge), Pressemitteilung 3/02 11. 2. 02

30 Jahre Berufsverbote: Rehabilitierung und Ent-schädigung gefordert

Berufsverbote nach demselben Legitimitätsmuster wie Gruppenverfolgungen in totalitären Staaten - Warnung vor neuerlichem Grundrechtsabbau

Aus Anlass des 30. Jahrestages des sogenannten „Extremistenerlasses“ fand in Hamburg eine gemeinsam von der GEW, Lvbd. Hamburg, und dem Arbeitsausschuss organisierte Konferenz „30 Jahre Berufsverbote“ mahnen: Kein neuer Grundrechtsabbau!“ im überfüllten Cuvio-Haus statt. Betroffene vom Berufsverbot aus den alten und den neuen Bundesländern, der Justiz der Adenauer-Ära und von Repressionen nach dem Terroranschlag vom 11.9.01 diskutierten mit Juristen, Vertretern von GEW, Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi), Humanistischer Union, Vereinigung demokratischer Juristen (VdJ), der Gesellschaft für Bürger- und Menschenrechte (GBM), Mitgliedern und Funktionären von SPD, GAL, DKP und PDS die aktuelle Entwicklung zum weiteren Abbau von Grundrechten im Lichte der Erfahrungen der 30 Jahre Berufsverbote.

Dabei mahnte der Berliner Publizist Eckart Spoo, dass auch in Zeiten außenpolitisch zugespitzter Situation - wie jetzt im Krieg gegen Afghanistan und nach dem Anschlag vom 11. 9. - die Meinungsfreiheit bestehen bleiben müsse. Der Hamburger Lehrer Horst Bethge machte darauf aufmerksam, dass die absichtsvolle Vermischung von Terrorismus, Gewalt,

unterdrücken. Dass der Radikalenerlass bis heute nicht aufgehoben worden ist, ist vor diesem Hintergrund besorgniserregend. Dasselbe betonte Hans-Peter de Lorent (GAL), so dass man sich gemeinsam dagegen wehren müsste, dass Rechtspopulisten wie z. B. Innensenator Schill in Hamburg aus einer liberalen Stadt wieder eine des Grundrechtsab-

baus machen. Horst Peter (Kassel, SPD) machte warnend darauf aufmerksam, dass die eingeforderte Kategorie des jederzeitigen Eintretens für die FDGO heute um die eingeforderte



Extremismus und Links den Nährboden für massenhafte Grundrechtsverletzungen abgäbe. Wieder einmal wird der Schutz der Demokratie und der Sicherheit dem Verfassungsschutz, den Geheimdiensten anvertraut, die sich gerade in den Berufsverboteverfahren eigentlich gründlich diskreditiert hätten. Der Anwalt Klaus Dammann, der zahlreiche Berufsverbotsbetroffene vertrat und vertritt, forderte die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention. Es ist immerhin festgestellt worden, dass die Berufsverbopolitik diese Konvention verletzt habe. Die Konsequenzen daraus sind von der Politik nie gezogen worden. Ilona Wilhelm (2. Vorsitzende der GEW Hamburg) bezeichnete es als reale Gefahr, dass in Zeiten zugespitzter gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen verschärft zum Mittel der Disziplinierungen gegriffen würde, um kritische Stimmen zu

Kategorie der „uneingeschränkten Solidarität mit den USA“ ergänzt werden solle. Jürgen Kühling (Humanistische Union, Richter a. D. am Bundesverfassungs- und Bundesverwaltungsgericht) mahnte, das Vertrauen in Rationalität und Aufklärung der Bürger nicht aufzugeben.

Das Legitimitätsmuster der Berufsverbopolitik, der Eingriff in Grundrechte, sei dasselbe wie das bei Gruppenverfolgungen in totalitären Staaten. Damals wie heute werde ein Bedrohungsszenario aufgebaut: Damals sei es das antikommunistische Ressentiment gewesen, heute das des Terrorismus. Prof. Martin Kutschka (Berlin) analysierte die sogenannten Schilyschen Sicherheitsgesetze als massiven Abbau der Freiheits- und Menschenrechtsversprechen des Grundgesetzes. Eva-Maria Stange (1. GEW-Vorsitzende) erläuterte

politik als eine moderne Form der Inquisition und Hexenverfolgung angeprangert. Auch in Literatur und Film wurde gegen die Berufsverbote Stellung bezogen. In Erinnerung geblieben sind mir hier ein Gedicht von Alfred Andersch und der Film „Vera Romeike ist nicht tragbar.“

Mich persönlich hat besonders berührt Hans-Peter de Lorent's Buch „Die Hexenjagd“, in dem er seine eigene Berufsverbottengeschichte verarbeitet hat. Ich habe beim Lesen sehr deutlich empfunden, wie zutiefst unwürdig und quälend diese Befragungen und Verhöre gewesen sind und wie schwer es für jeden Einzelnen gewesen sein muss, dem standzuhalten, das durchzustehen und die Folgen zu tragen, den gewünschten Beruf nicht ausüben zu dürfen. Die enormen Belastungen und seelischen Verletzungen lassen sich nicht rückgängig machen. Aber das Mindeste, was den Betroffenen zusteht, ist eine vollständige Rehabilitierung und Entschädigung für die durch Berufsverbote entstandenen Einkommens- und Versorgungsverluste.

Den Kampf gegen die Berufsverbote

haben die Gewerkschaften, hat insbesondere die GEW auf vielfältige Weise unterstützt. Es gab aber auch die Unvereinbarkeitsbeschlüsse. 1971 vom DGB und Einzelgewerkschaften beschlossen, erklärten sie die Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft in maoistischen und trotzkistischen Gruppierungen mit der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft. Die Folge für die Betroffenen war Ausschluss. Das hat zu heftigen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen geführt, auch in der GEW. Auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag 1973 in Mainz hat die GEW die Unvereinbarkeitsbeschlüsse übernommen. Auf Hauptvorstandsebene gab es eine Extremistenkommission, die Material und Namen an die einzelnen Landesverbände lieferte. Der Landesverband Berlin verweigerte die Umsetzung dieses Beschlusses und wurde daraufhin aus der Organisation ausgeschlossen. Auch in Hamburg gab es massive Proteste. Auf einer Mitgliederversammlung haben 5.000 gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse protestiert.

Der Hamburger Landesverband hat

die Unvereinbarkeitsbeschlüsse unterlaufen, indem er jeden Einzelfall auf konkret gewerkschaftsfeindliches Verhalten überprüfte und auf diese Weise Ausschlüsse verhinderte. Das war politisch eine ziemliche Gratwanderung. Denn für die Betroffenen war das Ziel dieses Verfahrens nicht durchschaubar und für viele Mitglieder politisch nicht zu vermitteln. Während also einerseits die uneingeschränkte Solidarität mit den von Berufsverbot Betroffenen praktiziert wurde, gab es intern in verschiedenen Landesverbänden eben auch die Hexenjagd gegen linke Kolleginnen und Kollegen. Diese zwiespältige Politik haben die Gewerkschaften bisher nicht aufgearbeitet. Mit diesem Teil ihrer Geschichte müssen sie sich auseinandersetzen.

Neben der Berufsverbopolitik gab es und gibt es auf einer anderen Ebene Angriffe auf die Meinungs- und Lehrfreiheit und Repressionen gegen KollegInnen. 1977 hatte der Protest gegen die Atomenergie breite Teile der Bevölkerung erfasst und politisiert. Da verbot Hamburg den Lehrerinnen und Lehrern in der Schule das Tragen der Plakette „Atom-

die Forderung der GEW nach Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen. Anstatt neue Repressionen zu starten, sollte eine andere politische Bildung forciert werden von der sonst so viel im Zusammenhang mit Zivilcourage geredet wird. Wolfgang Gehrke (PDS MdB) berichtete, dass die PDS-Fraktion den Entwurf eines Berufsverbotebereinigungsgesetzes zur Rehabilitation und Wiedergutmachung in den Bundestag eingebracht hat. Nach seiner Auffassung steht die SPD jetzt vor der Frage, ob sie der Traditionslinie des „Law and Order“ folgen wolle oder der von Willy Brandt „mehr Demokratie zu wagen“. Die Bundesrepublik steht wieder einmal vor der Frage, ob die Verfassungswirklichkeit der Verfassung angepasst wird oder ob der umgekehrte Prozess weitergeht.

In den verschiedenen Diskussionen auf der Konferenz und in den Arbeitsgruppen wurde immer wieder die Notwendigkeit betont, die Geschichte der Berufsverbote und der Repressionen im „kalten Krieg“ und in der Zeit danach wirklich politisch, historisch, juristisch und moralisch aufzuarbeiten. Dazu gehört auch, die Folgen der Verunsicherung über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinaus, die subjektive Verarbeitung durch die Betroffenen selber wie die Verquickung und Verflechtung mit der Tätigkeit der Stasi vor 1989 im Osten und der „Abwicklung“ nach 1989. Aber auch die Arbeit der Geheimdienste und des Verfassungsschutzes in der Zeit des kalten Krieges und danach bis heute hin, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften und das Kooperationsverbot in der SPD gehörten dazu.

kraft nein danke“. Es wurden schwerste disziplinarrechtliche Konsequenzen angedroht, und die angestellten Kolleginnen und Kollegen wurden mit einer Abmahnung bestraft. Ein anderes Beispiel: Eine Kollegin ist für eine Woche vom Dienst suspendiert worden, weil sie im Unterricht ein englisches Flugblatt übersetzen ließ, das sich kritisch mit den Haftbedingungen der RAF und den Sicherheitsgesetzen befasste.

Und es gibt aktuelle Beispiele. Im Zusammenhang mit den Terroranschlägen auf das World Trade Center und dem Krieg in Afghanistan sind vier Kolleginnen, die sich der uneingeschränkten Solidarität verweigert und sich kritisch geäußert haben, diszipliniert worden. Mit solchen Maßnahmen wie zeitweiter Suspension, Zwangsumsetzungen an eine andere Schule, Zwangsförderung.

Dieser Kongress wird auch die aktuellen Entwicklungen und Ereignisse thematisieren. Ich halte das für gut und wichtig. Das politische Klima hat sich spürbar verändert. Durch Schilys Sicherheitsgesetze, die Regelanfrage für Ausländer werden die demokratischen

Zum Abschluss wurde verabredet:

1. Jetzt öffentlich verstärkt gemeinsam zu fordern: Rehabilitation und Wiedergutmachung für die Betroffenen, Entfernung der Dossiers des Verfassungsschutzes aus allen Akten, ersetztlose Aufhebung der Berufsverbote-Verfahrensregelungen, Beendigung der Regelanfrage (vor allem in Bayern und für Ausländer), der Rasterfahndung und der Anhörungen, Auflösung nicht Stärkung des Verfassungsschutzes.
2. Dies auch von den einzelnen Landesregierungen zu fordern.
3. Alle Berufsverboteprozesse durch Öffentlichkeitsarbeit im In- und Ausland zu begleiten, insbesondere die sechs anhängigen Verfahren vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg.
4. An die Gewerkschaften heranzutreten, mit für die Respektierung der Entscheidung des EMRG in Straßburg Sorge zu tragen, auch von sich aus die Rehabilitierung und Entschädigung zu fordern (wie die GEW), die Meinungsausübungsfreiheit nach dem 11. 9. offensiv zu verteidigen, die Sicherheitsgesetze abzulehnen und wieder bei der IAO (ILO) tätig zu werden.
5. Ein „Netzwerk demokratisch gesinnter Personen, Gruppen und Organisationen“ zu entwickeln und zu stärken, dass für diese Diskussionen und Aktionen eine Plattform bietet.
6. Dafür gilt o.g. Kontaktadresse und im Internet die Homepage www.berufsverbote.de.

Rechte eingeschränkt. Mit der Schill-Partei ist zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine rechts-populistische Gruppierung an der Regierung in einem Bundesland beteiligt. Die Christdemokraten schicken ihren Rechtsausleger Stoiber in das Rennen um die Kanzlerschaft, und seine Aussichten sind nicht schlecht. Die Gefahr ist real, dass in Zeiten zugespitzter gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen verschärft zum Mittel der Repression und Disziplinierung gegriffen wird, um kritische Stimmen zu unterdrücken. Dass der Radikalerlass bis heute nicht aufgehoben worden ist, ist vor diesem Hintergrund besorgniserregend.

Wir haben zwei Tage Raum, uns gründlich mit dem Thema zu befassen und Forderungen zu erheben, Fäden zu knüpfen zwischen gestern und heute, Zusammenhänge darzulegen und zu schärfen, Erfahrungen auszuwerten und für die heutige Situation nutzbar zu machen. Ich wünsche uns eine erfolgreiche Arbeit, der Konferenz ein gutes Gelingen!
Ilona Wilhelm, 2. Vorsitzende der GEW Hamburg

Metallarbeitgeber wollen Abschluss unter Inflationsrate.

– *HB, Freitag / Samstag 1./2.2.2002.* – Metallarbeitgeberchef M. Kannegieser schließt einen Tarifabschluss unterhalb der Inflationsrate nicht aus. Ein Lohnzuwachs über der Produktivitätsrate von geschätzt 1,8% kostet Arbeitsplätze. Die Lohnerhöhung dürfe sich nur am erwarteten Produktivitätswachstum orientieren. Es sei deshalb zu hoffen, dass dieses über der Inflation im Jahr 2002 liegen werde. Auch die Europäische Zentralbank sehe die Lohnrunde mit einiger Besorgnis: die Zinspolitik der EZB sei nicht nur vom Tempo der Konjunkturerholung, sondern auch vom Verhalten der Tarifparteien abhängig, so EZB-Vizepräsident C. Hoyer.

Pharma industrie begrüßt Import embryonaler Stammzellen in Ausnahmefällen. – Dass der Import embryonaler Stammzellen unter bestimmten Bedingungen erlaubt sein soll, sieht der Entwurf eines Strafgesetzes vor, der diesen Import nach Deutschland grundsätzlich jedoch untersagt. G. Tiedemann, Geschäftsführerin im Bereich Biotechnologie beim Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) sagte, damit sei die Forschungsfreiheit in Deutschland gewährleistet.

HDE und BAG einigen sich mit Ver.di zur Altersvorsorge. – *HB, Montag 4.2.2002.* – Für 2,5 Millionen Beschäftigte im Einzelhandel gelten die Regelungen, die zur Altersvorsorge abgeschlossen worden sind: die Beschäftigten erhalten ab 2002 jährlich 300 Euro von ihrem Arbeitgeber und können das Geld in Anlageformen der betrieblichen Altersvorsorge investieren. Sie erhalten dafür zwar keinen staatlichen Zuschuss wie bei der so genannten Riester-Rente, stellen sich aber nach Gewerkschaftsangaben in den meisten Fällen besser, weil die Beiträge steuer- und sozialversicherungsfrei sind.

Reinvestitionszulage „Schwindel hoch drei“ für den Mittelstand. Diese Rücklage ist ein „reicher Segen“ für die großen Personengesellschaften, der Mittelstand hat aber nichts davon, weil er keine Beteiligungen an Kapitalgesellschaften hat, sagt J. Pinne, Präsident des Deutschen Steuerberaterverbandes. Dass Bundesfinanzminister H. Eichel die Rücklage als Errungenschaft für den Mittelstand verkauft, „ist Schwindel hoch drei“. Auch der Steuerexperte des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) sagt: „Kaum ein Handwerker hat Beteiligungen an Kapitalgesellschaften“. *Presseauswertung: rst*

Knapp 30 Mitglieder der PDS aus Hamburg haben sich mit dem Antrag an den Parteitag der PDS (16./17.

März in Rostock) gewandt, den PDS-Landesverband Hamburg gemäß §6 (12) des Status als Gliederung der PDS aufzulösen. Ein zweiter Antrag bezieht sich auf die Wiedergründung des Landesverbandes. – Der Parteitag kann laut Statut einen Landesverband mit zwei Dritteln der gewählten Delegierten auflösen, das bedeutet, annähernd drei Viertel der real anwesenden Delegierten müssen dem Antrag zustimmen, wenn er durchkommen soll. Die Hürde ist also hoch, der Schritt, sollte er beschlossen werden, in der Tat auch schwerwiegend.

Die antragstellenden Mitglieder begründen ihren Antrag mit der anhaltenden Verletzung der Demokratie und der Mitgliederrechte im Hamburger Landesverband. Dass sie sich damit an den Parteitag wenden, bedeutet das Eingeständnis, dass alle Versuche, die Blockade des Landesverbandes im Zuge demokratischer Willensbildung zu beenden, gescheitert sind. Verantwortet wird die Lähmung, ja der drohende totale Zerfall der PDS in Hamburg durch die Liste Links, die den Arbeitsausschuss stellt, und ihre Politik der Dominanz und Beherrschung des Landesverbandes, die die gleichberechtigte Zusammenarbeit der verschiedenen Strömungen, Politikansätze, theoretischen Begründungszusammenhänge seit langem bewusst und mutwillig zerstört hat. Nicht, dass die Liste Links die Mehrheit inne hat. Aber sie kennt keine Skrupel, die Mitglieder, um ihre Minderheitsposition konkret in eine Mehrheit zu verwandeln, durch notfalls mehrtägige Mitgliederversammlungen, sechs oder mehr Stunden währende Geschäfts- oder Tagesordnungsdebatten, Dutzende von Geschäftsordnungsanträgen etc. zu zermürben, Kritiker zu diffamieren, niederzubrüllen oder auch physisch zu bedrohen, unliebsame Anträge nicht statutengemäß zu verschicken, Mehrheitsbeschlüsse, kommen sie trotz allem gegen die Liste Links zu stande, zu ignorieren usw. usf. Zuletzt hat sie ein von 63 Mitgliedern getragenes Mitgliederbegehr für eine Landesversammlung mit der TO Abwahl des Arbeitsausschusses und Neuwahl dadurch für „erledigt“ erklärt, dass sie zu fünf Mitgliederversammlung mit gänzlich anderer Tagesordnung einlud. Infolgedessen haben nicht wenige Mitglieder

dem Landesverband oder der PDS überhaupt den Rücken gekehrt, die Politik liegt völlig brach, Initiativen unliebsamer Mitglieder, Gliederungen oder Zusammenschlüsse werden nicht nur nicht unterstützt, sondern behindert und unterdrückt.

Dieser Zustand der Blockade, der Autokratie der Liste Links prägt den Landesverband seit Jahren. Die Liste Links hat alle Gelegenheiten, zu innerparteilicher Demokratie und der Respektierung der Pluralität der Auffassungen zurückzukehren, versäumt. Deshalb ist die Gesamtpartei gefordert, Verhältnisse zu gewährleisten, in denen alle Mitglieder auch in Hamburg ihre im Statut verbürgten Rechte wahrnehmen und ihren Beitrag zur Entfaltung der PDS-Politik leisten können.

scc

Bericht vom Bundesparteirat: Eingeleitet wurde die Sitzung am 26.1.2002 mit einer Aussprache zwischen Bundesparteirat und Parteivorstand. Die anwesenden Vertreter des Parteivorstandes erklärten, dass sie die Zusammenarbeit mit dem Parteirat ernsthaft verbessern wollen. Damit reagierten sie auf den offenen Brief des Parteirates, in dem dieser die fehlende Zusammenarbeit mit deutlichen Worten kritisiert hatte (s. Presse-dienst Nr. 46 vom 16.11.01). Es wurde gebeten nicht zu vergessen, dass auch Mitglieder des PV ehrenamtlich tätig seien und oftmals Samstags Aktionen für die Partei durchführten, statt beim Parteirat zugegen zu sein. Dennoch sollen die Zustände des letzten Jahres behoben werden und der PV künftig immer auf den Sitzungen des BPR vertreten sein, um das statutengemäße Zusammenwirken zu gewährleisten

Im weiteren wurde seitens des Parteirates bemängelt, dass der Parteivorstand für den kommenden Parteitag 5 Stunden Generaldebatte aber nur 1,5 Stunden für die Programmdiskussion angesetzt habe. Die anwesenden Mitglieder des PV (Bartsch, Hobler, Dehm) begründeten den Zeitplan u.a. mit der internationalen Präsenz (befreundete Parteien) auf dem Parteitag und den damit verbundenen Gesprächen. Der Parteirat betonte demgegenüber weiterhin die Notwendigkeit einer ausführlicheren Debatte zum Wahlprogramm. Einigkeit herrschte über die (ehrgeizigen) Wahlziele: 2–3% im Westen zu holen, mit 25%–30% stärkste Kraft im Osten zu werden und dritte

Kraft im Bund zu werden. Dazu soll das zentrale Image der Partei (soziale Gerechtigkeit, Antikriegspartei, Ostpartei) im Wahlkampf herausgestellt werden. Nach neuen Umfragen ist für mehr als 50% der Ostdeutschen eine Koalition von SPD und PDS die Wunschregierung nach der Bundestagswahl 2002. Dietmar Bartsch widersprach eindeutig der Darstellung, er habe sich in einem Zeitungsinterview für eine Bundeskoalition SPD-PDS 2002 ausgesprochen.

Im weiteren stellte der Parteivorstand noch einige Sachverhalte klar: So gibt es keinerlei arbeitsrechtliche Schritte des ehemaligen Pressesprechers, Hanno Harnisch, gegen die PDS. Entsprechende Pressebehauptungen sind unwahr. Eine sofortige Einstellung der Überwachung der KPF in Berlin durch den Verfassungsschutz sei im Zuge der Senatsbildung nicht zu erreichen gewesen. Nach Aussagen aus dem Landesverband Berlin der PDS könnte man mit einer Einstellung der Überwachung in absehbarer Zeit rechnen. Der vom Bundes-schatzmeister Hobler vorgelegte Finanzplan 2002 wurde vom Parteirat geschlossen.

Das bereits mehrfach (aus Zeit und Aktualitätsgründen) verschobene Thema „PDS im ländlichen Raum“ wurde nun endlich behandelt. Probleme hat die PDS im Osten wie im Westen in ländlichen Regionen. Kritisiert wurde die aktuelle Agrarpolitik, der Einfluss von Bauern- und Agrarwirtschaftsverbänden, sowie die Dominanz großer Firmen in den Handwerkskammern ländlicher Regionen. Thema war auch die Veränderung in der ländlichen Sozialstruktur (kleine Familien, Wegzug der Jugend im Osten u.a.) und der Rückzug der Bahn aus der Fläche (z.B. Streichungen von Interregio-Strecken), durch den die Mobilität zusätzlich eingeschränkt wird und ganze Regionen von der Entwicklung abgehängt werden.

Es bestand Einigkeit über die Notwendigkeit zur Entwicklung neuer Strategien der Verbreitung von PDS Politik in ländlichen Regionen. Es gelte konervative Strukturen offensiv anzugehen und neue Kontakte zu knüpfen (z.B. mit Landfrauenverbänden). Um die positiven Ansätze der Diskussion fortzuführen, wurde die Durchführung einer Konferenz zum Thema „PDS im ländlichen Raum“ beschlossen. Dies ist mit Sicherheit auch für die PDS-NRW aufgrund der ländlichen Struktur weiter Teile NRWs (u.a. Ostwestfalen-Lippe, Siegerland, Sauerland, Teile des Münsterlandes, Eifel) interessant.

Der Parteirat will auch in diesem Jahr eine Sitzung in den „alten“ Bundesländern durchführen.

Bericht: Sascha Klanke, Gabriele Giesecke

21.01.2002

Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft
Entwurf des Programms der PDS zur Bundestagswahl 2002

Leitantrag an den Rostocker Parteitag - Beschluss des Parteivorstandes vom 21. Januar 2002

- Ansicht als HTML-Datei (93 kB)
- Download als PDF-Datei (90 kB)
- Download als ZIP-gepakte RTF-Datei (40 kB)

Wahlprogramm-Entwurf:
<http://www.pds-online.de/wahlen/aktuell/>

- ◀ Zurück
- ◀ zur Übersicht
- ◀ vorherige
- ◀ Seite versch.
- ◀ Druckversion

Bundestag beschließt Import von Stammzelllinien

Behinderte warnen vor neuer Diskriminierung

Der Bundestag hat am 30.1. mit Mehrheit entschieden, den Import embryonaler Stammzellen zu Forschungszwecken grundsätzlich zwar zu verbieten, konkret aber zuzulassen, dann nämlich, wenn Stammzelllinien schon existieren, Embryonen also zur Stammzellengewinnung nicht mehr getötet werden müssen, sondern schon getötet wurden. Die Problematik dieses Beschlusses liegt auf der Hand: Indem er den nächsten Schritt beschloss, hat der Bundestag eine Richtung eingeschlagen, ohne der Öffentlichkeit über diese Richtung ausreichend Rechenschaft zu geben. Die Begehrlichkeiten, Embryonen zu Forschungszwecken herzustellen, sind geweckt. Schon wird die Änderung des Embryonenschutzgesetzes zwecks Freigabe der Präimplantationsdiagnostik in Angriff genommen.

jedoch zu denken geben, dass fast alle Verbände und Selbsthilfeorganisationen von Behinderten und chronisch Kranken, soweit sie sich äußerten, gegen den Import von und die Forschung an embryonalen Stammzellen Stellung bezogen. Unmittelbar vor der Abstimmung richtete der Deutsche Behindertenrat, der nur einstimmig Beschlüsse fassen kann, einen Appell an die Bundestagsabgeordneten, gegen den Import zu stimmen.

Aus den Stellungnahmen, von denen wir einige auszugsweise dokumentieren, wird deutlich, auch wenn man nicht alle Argumente teilen will, dass viele behinderte Menschen in Sorge sind, dass sich mit dem eingeschlagenen Weg ihre Stellung in der Gesellschaft verschlechtert, statt dass endlich die Gleichstellung erreicht wird.

sei. Dadurch würde das Ziel des geplanten Gleichstellungsgesetzes, behinderte Menschen mit Nichtbehinderten gleichzustellen, in weite Ferne rücken. „Durch die aktuelle Gentechnik- und Bioethik-debatte fühlen sich die rund 7 Millionen Menschen mit Behinderung in Deutschland mehr diskriminiert als durch Treppe und andere Barrieren“, betonte Engel. Der Forschertraum von einer Welt ohne Krankheit und Behinderung sei eine Utopie. Selbst die erfolgreichste Embryonenforschung könne Behinderungen als Folge von Unfällen oder Krankheiten nicht ausschließen. Engel: „Es ist höchste Zeit, Behinderungen als ebenso normal anzusehen wie blonde Haare oder blaue Augen. Sie gehören zum Leben dazu.“

Der VdK erinnerte an die Nazi-Diktatur, wo der Massenmord an Hunderttausenden von kranken und behinderten Menschen euphemistisch als „Aussonderung unwerten Lebens“ bezeichnet wurde. Wenn heute der australische Bioethiker Peter Singer in Deutschland ungestraft die These verbreiten darf, dass es verwerflicher sei, einen gesunden Schimpanse zu töten als ein geistig behindertes Kind, dann zeige dies, wohin uneingeschränkte Forschungsfreiheit führen könnte.

Politik und Gesellschaft müssten hier regulierend eingreifen, forderte Engel. Der VdK Bayern, der mit 437.000 Mitgliedern größte Behindertenverband im Freistaat, appellierte deshalb an die bayerischen Abgeordneten aller Parteien, bei der Abstimmung am 30. Januar im Bundestag über die Zulassung des Imports embryonaler Stammzellen und der Präimplantationsdiagnostik mit „Nein“ zu stimmen.

Dezember 2001



Auch die Forderung nach Aufhebung des Verbots therapeutischen Klonens wird lauter ... De facto nahm, die Grünen-Abgeordnete Knoche wies darauf hin, der Bundestag eine Änderung der Statusdefinition des Embryos in vitro vor. Damit ist der Weg zur Instrumentalisierung vorpersonalen Lebens für Zwecke Dritter beschritten.

Ein zentrales Argument von Befürwortern sowohl des freien wie des begrenzten Importes ist die Berufung auf die Heilungsaussichten, die die Forschung an embryonalen Stammzellen beinhaltet. Manch einer führt die Verantwortung gegenüber zukünftigen chronisch Kranken und Behinderten bzw. gegenüber ihren Eltern gegen die Schutzbefürftigkeit des Embryos an. Es muss

VdK Bayern

Gentechnik-Debatte diskriminiert Behinderte

Der Sozialverband VdK Bayern hat sich entschieden gegen die Gewinnung und den Import von embryonalen Stammzellen sowie die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik ausgesprochen. Wenn drohende Behinderung zu einem Grund für Selektion im Reagenzglas werde, dann sinke zwangsläufig auch das Selbstwertgefühl bereits geborener Menschen mit Behinderung, erklärte VdK-Landesgeschäftsführer Albrecht Engel.

Die Präimplantationsdiagnostik könnte der Mentalität Vorschub leisten, dass nur gesundes Leben „lebenswert“

Paritätischer Wohlfahrtsverband

Aus Hintertür darf kein Einfallstor werden

Als möglichen Wendepunkt in der öffentlichen Bewertung menschlichen Lebens in Deutschland kritisierte die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Barbara Stolterfoht, die heutige Entscheidung des Bundestages, den Import embryonaler Stammzellen unter Auflagen zuzulassen. Barbara Stolterfoht, die Vorsitzende des Dachverbandes von 80 bundesweiten Verbänden der Behinderten- und Gesundheitselfsthilfe, hält auch die formulierten Auflagen für nicht ausreichend: „Aus der Formulierung von Ausnahmen kann schnell ein Dammbruch werden“. Die Entscheidung des Bundestages sei eine Zäsur in der deutschen Geschichte: „Erstmalig wird bei

uns die Möglichkeit eingeräumt, Embryonen als Rohstofflieferanten zu instrumentalisieren.“ Auch wenn die Beschränkung auf bereits vorhandene Stammzelllinien auf den ersten Blick nachvollziehbar und moralisch akzeptabel erscheine, dürfe die grundsätzliche Dimension der Entscheidung nicht aus dem Blick geraten. Die Erfahrung lehre, dass Ausnahmeregelungen nicht selten zum Einfallstor für weitere Lockerungen genutzt würden. Stolterfoht: „Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es heißt, die Auflagen sind zu restriktiv, die Verfahren zu umständlich und die weitere Öffnung daher unbedingt notwendig. Diese Entwicklung muss vermieden werden. Aus einer Hintertür darf kein Einfallstor werden.“

30.1.2002

sind. Es komme jetzt darauf an, wie der als demokratische Entscheidung zu akzeptierende Beschluss des Deutschen Bundestages in einer Gesetzesinitiative umgesetzt wird. Der Verbandsvorsitzende, Robert Antretter, bittet die Bundestagsabgeordneten, sehr genaue Kriterien dafür zu entwickeln, unter welchen überprüfbaren Voraussetzungen an importierten Stammzellen geforscht werden darf. Ein möglichst konkret gefasster Kriterienkatalog, so Antretter, sei unabdingbare Voraussetzung dafür, den von der Verfassung garantierten Schutz der Menschenwürde und des ungeborenen Lebens nicht weiter in Frage zu stellen.

31.1.2002

Bundesvereinigung Lebenshilfe

Kriterienkatalog für Stammzellforschung gefordert

Marburg (kabinet). Auf die unabsehbaren Folgen der gestrigen Entscheidung des Deutschen Bundestages zum Import embryonaler Stammzellen weist die Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung hin. Der Verband bedauert, dass der Weg eröffnet worden ist, auch in Deutschland an Stammzellen zu forschen, die aus abgetöteten Embryonen gewonnen werden

Autonom Leben, Hamburg

Bestürzung über Entscheidung des Deutschen Bundestages

Mit Bestürzung und Enttäuschung hat der Behindertenverein „Autonom Leben“ die Entscheidung des Deutschen Bundestages zum Import von embryonalen Stammzellen zur Kenntnis genommen.

Wir halten die Entscheidung, den Import und die Forschung – wenn auch unter sehr strengen Kriterien – zuzulassen, für verhängnisvoll und für einen weiteren Schritt in eine völlig falsche Richtung.

Die Debatte war gekennzeichnet von ethisch-moralischen Argumenten. Doch darum geht es im Grunde genommen nicht. Die wirklich entscheidenden Fragen wurden nicht erwähnt: es geht um die Entscheidung, welche Gesellschaft wir für die Zukunft wollen, darum, wer die Forschung kontrolliert und in welcher Form, darum, ob wir Millionen für fragwürdige Stammzellenforschung, aber nicht genug Geld für eine menschenwürdige Pflege ausgeben wollen, darum, ob wir für Kranke und Behinderte menschenwürdige Lebensbedingungen schaffen oder sie ausmerzen wollen (wzu wir übrigens auch mit Stammzellen nicht in der Lage sein werden).

Die dahinterstehenden wirtschaftlichen Interessen wurden fast vollständig ausgeblendet. Lediglich die sogenannte Sicherung des „Forschungsstandortes Deutschland“ wurde noch als Argument erwähnt, die Beteiligung deutscher Reproduktionsgenetiker/innen an lukrativen Patenten und eigenen Privatfirmen aber völlig verschwiegen.

Statt den „Forschungsstandort Deutschland“ über fragwürdige Heilsversprechungen der Stammzellenforschung zu definieren, sollte die Bundesregierung die Millionen besser für die Verbesserung der Pflege oder der Versorgung behinderter Menschen oder für die Umweltmedizin ausgeben.

Autonom Leben e.V. Für Würde und Selbstbestimmung behinderter Menschen, 30.1.2002

Abschlussdokument Porto Alegre

Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung ungebrochen

Über 50.000 Menschen, mehr als drei Mal soviel wie im vergangenen Jahr, waren vom 31. Januar bis zum 5. Februar im brasilianischen Porto Alegre zum Weltsozialforum (WSF) gekommen. Aus der Bundesrepublik waren ca. 150 Teilnehmer angereist, darunter ATTAC, DGB, Erlassjahrkampagne, Miseror sowie MdBs von SPD und PDS. Gegenüber dem knappen Dutzend im vergangenen Jahr ein qualitativer Sprung.

Porto Alegre II hat deutlich gemacht, dass die Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung ungebrochen ist. Sie wächst weiter und gewinnt an Breite und Einfluss. Auch unabhängig von G 7-Treffen, WTO- und IWF-Konferenzen hat die Bewegung ihre Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis gestellt.

Die in Porto Alegre anwesenden sozialen Bewegungen verabschiedeten folgendes Abschlussdokument.

Widerstand dem Neoliberalismus, dem Militarismus und Krieg: Für Frieden und soziale Gerechtigkeit

1. Angesichts einer fortwährenden Be-

schädigung der Lebensbedingungen der Völker, haben wir, die sozialen Bewegungen der ganzen Welt, uns zum zweiten Weltsozialforum in Porto Alegre getroffen. Wir sind hier aus Verachtung über die Versuche, unsere Bewegung spalten zu wollen. Wir treffen uns deshalb erneut, um unsere Kämpfe gegen Neoliberalismus und Krieg fortzusetzen und die Übereinkünfte des letzten Forums zu bestätigen.

2. Wir sind verschieden: Frauen und Männer, Erwachsene und Jugendliche, Ureinwohner, Bauern und Städter, Arbeiter und Arbeitslose, Obdachlose, Alte, Studenten, Menschen jeglichen Glaubens, jeglicher Farbe, von unterschiedlicher sexueller Orientierung. Der Ausdruck dieser Verschiedenheit ist unsere Kraft und die Basis unserer Einheit. Wir sind eine globale Solidaritätsbewegung, vereinigt durch unsere Bestimmung die Konzentration des Reichtums, die Verbreitung der Armut und der Ungleichheit, sowie die Zerstörung unserer Erde

zu bekämpfen. Wir sind dabei Alternativen aufzubauen und wir gebrauchen kreative Methoden, um sie voranzubringen. Wir sind dabei eine breite Allianz gegen ein System zu errichten, das auf Patriarchat, Rassismus und Gewalt beruht, das die Interessen des Kapitals gegenüber den Bedürfnissen und Erwartungen der Völker privilegiert.

3. Dieses System produziert das tägliche Drama von Frauen und Kindern und Alten, die vor Hunger sterben, es produziert die Abwesenheit von Gesundheitsvorsorge und es produziert Krankheiten, denen vorgebeugt werden könnte. Ganze Familien werden gezwungen, ihre Häuser auf Grund von Kriegen, durch den Druck der „Megaentwicklung“, wegen mangelndem Boden, wegen Umweltkatastrophen, wegen Angriffen auf die öffentlichen Dienstleistungen sowie der Zerstörung der sozialen Solidarität aufzugeben. Im Süden wie im Norden werden kräftige Kämpfe und Widerstand hervorgerufen, um die Würde des Lebens zur Geltung zu bringen.

4. Der 11. September bezeichnete eine dramatische Wende. Nach den terroristischen Anschlägen, die wir entschieden verurteilen, so wie wir alle Anschläge auf Zivilisten in jedem Teil der Welt verurteilen, haben die Vereinigten Staaten mit ihren Alliierten eine gewaltige Militär-operation begonnen. Im Namen des „Krieges gegen den Terrorismus“ werden in der ganzen Welt zivile und politische Rechte verletzt. Mit dem Krieg gegen Afghanistan, in dem ebenfalls terroristische Methoden angewandt wurden, und mit den zukünftigen, bereits vorbereiteten Kriegen, befinden wir uns in einem permanenten globalen Krieg. Seine Ausweitung wurde durch die Regierung der USA und ihren Alliierten entfesselt, um ihre Herrschaft zu festigen. Dieser Krieg ent-hüllt das brutalste und nicht akzeptable Gesicht des Neoliberalismus. Der Islam wird dämonisiert, während Rassismus und Xenophobie ihre ungehinderte Verbreitung finden. Information und Massenmedien beteiligen sich aktiv an dieser Kriegskampagne, die die Welt in „gut“ und „böse“ einteilt. Die Opposition gegen diesen Krieg ist eines der konstitutiven Elemente unserer Bewegungen.

5. Die Situation des Krieges hat nun-mehr den Mittleren Orient destabilisiert und den Vorwand für die neuerliche Repression gegen das palästinensische Volk geschaffen. Angesichts der brutalen Besatzung Israels, besteht eine dringliche Aufgabe unserer Bewegung darin, zur Solidarität mit dem palästinensischen Volks zu mobilisieren und seinen Kampf um Selbstbestimmung zu unterstützen. Das ist lebenswichtig für die kollektive Sicherheit aller Völker dieser Region.

6. Nunmehr bestätigen weitere neue Ereignisse die Dringlichkeit unserer Kämpfe. In Argentinien verursachte das Scheitern der Strukturmaßnahmen des Internationalen Weltwährungsfonds eine Finanzkrise, deren steigende Schuldenlast die soziale und politische Krise ver-schärfte. Diese Krise rief spontane Protes-te der arbeitenden Klassen und der Mittelschicht hervor, und sie führte zu ei-ner Repression, die Tote forderte, einen Wechsel in der Regierung verursachte und zu neuen Allianzen zwischen den verschiedenen Klassen führte. Mit der Kraft der „Cacerolas“ schaffte es das Volk, sich der grundlegenden Bedürfnisse zu versichern.

7. Der Zusammenbruch des Multis En-ron ist ein Beispiel für den Bankrott der Ökonomie eines „Freudenhauses“, und der Korruption von Geschäftsleuten und Politikern. Die Arbeiter blieben ohne Anstellung und ohne Pensionen. In den Ent-wicklungsländern sorgte dieser multina-tionale Konzern mit seinen betrügeri-schen Aktivitäten dafür, dass Menschen von ihrem verjagt werden durch die un-verhältnismäßige Steigerung der Wasser- und Strompreise.

8. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat in ihren Bemühungen die Inter-essen der großen Unternehmen zu schüt-

zen, arrogant die Verhand-lungen in Kyoto zur globalen Erwärmung verlassen. Der Vertrag über antiballis-tische Raketen, die Konvention zur Biodiversität, die Auseinandersetzung zur Reduktion der Liefe-rung leichter Waffen, zei-gen erneut den Unilatera-lismus der Vereinigten Staaten und ihre Versuche das Finden multilateraler Lösungen für globale Pro-beme zu sprengen.

9. In Genua ist der G8-Gipfel mit seiner Arroganz einer globalen Regierung vollständig gescheitert.

Angesichts einer massenhaften Mobili-sierung und des Widerstands, haben sie mit Gewalt und Repression geantwortet, und denunzierten die als Kriminelle, die es wagten zu protestieren. Es gelang ih-nen jedoch nicht, unsere Bewegung ein-zuschüchtern.

10. All das vollzieht sich im Kontext einer globalen Rezession. Das neolibera-le ökonomische Modell zerstört die Rechte, die Lebensbedingungen und den Le-bensstandard der Völker. Da ihnen jedes Mittel recht ist, ihre Dividenden zu ver-teidigen, greifen die multinationa-ten Konzerne zu Kündigungen, kürzen Gehälter, schließen ihre Fabriken und pres-sen ihre Arbeiter dabei bis zum letzten aus. Die Regierungen antworten ange-sichts dieser ökonomischen Krise mit Privatisierungen, mit Kürzungen im So-zialhaushalt und einer andauernden Be-schneidung der Arbeiterinnen und Ar-beiterrechte. Diese Rezession beweist die Tatsache, dass die neoliberalen Verspre-chungen von Wachstum und Prosperität eine Lüge sind.

11. Die globale Bewegung für soziale Gerechtigkeit und Solidarität steht ge-waltigen Herausforderungen gegenü-ber. Ihr Kampf für Frieden und soziale Ge-rechtigkeit verlangt die Auseinanderset-zung mit der Armut, der Diskriminie-rung, bedarf der Herrschaft und der Schaffung einer erträglichen alternati-ven Gesellschaft. Die sozialen Bewegun-gen verurteilen mit aller Entscheide-nheit die Gewalt und den Militarismus als In-strumente zur Lösung von Konflikten. Sie verurteilen die Führung von Kriegen auf niederer Stufe, die Militäroperatio-nen des Plan Colombia, als Teil einer In-itiative in der Andenregion, sie verurtei-ten den Plan Puebla Panama, den Waf-fenhandel, das Anwachsen der Militär-ausgaben, die ökonomischen Embargen gegen Völker und Nationen, insbeson-de-re gegen Kuba und Irak, und sie verur-teilen die wachsenden Repressionen ge-gen Gewerkschafter und Aktivisten. Wir unterstützen die Kämpfe der Gewerkschafter und Arbeiter des informalen Sektors, die ein wichtiges Instru-ment zur Verbesserung der Lebens- und Arbeits-bedingungen darstellen, wir treten ein



für das effektive Recht, sich zu organi-sieren, zu streiken, für das Recht auf Gegenwehr auf verschiedenen Ebenen, für gleiche Bezahlung und gleiche Ar-betsbedingungen für Frauen und Männer. Wir lehnen Sklaverei und die Aus-beutung von Kindern ab. Wir unter-stützen die kämpfe der Arbeiter und Ge-werkschaften gegen Flexibilität, gegen die Auslagerung von Arbeit, gegen Kün-digungen und wir verlangen neue inter-nationale Rechte für die Arbeiter und Ar-beiterinnen der Multis und ihrer Zuliefe-rer, insbesondere das Recht auf freie ge-werkschaftliche Betätigung und das Recht auf kollektiven Widerstand.

12. Die neoliberalen Politik schafft wei-teres Elend und weitere Unsicherheit. Sie hat in unerhörter Weise den Sexhandel und die sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern erhöht, was wir mit aller Kraft verurteilen. Armut und Unsicher-heit führen auch zur Migration von Milli-onen Menschen, deren Würde, Freiheit und deren Rechte negiert werden. Deshalb verlangen wir das Recht auf Bewe-gungsfreiheit, das Recht auf physische Integrität, und ein Rechtsstatut für alle emigrierten Arbeiterinnen und Arbeiter. Wir unterstützen die Rechte der Ureinwohner und die Anwendung des Art. 169 Oil im Rahmen der nationalen Gesetzge-bungen.

13. Die Auslandsverschuldung der südlichen Länder ist schon mehrfach zu-rückgezahlt worden. Die illegitime, un-gerechte und betrügerische Verschuldung dient als Herrschaftsinstrument, beraubt die Völker ihrer fundamentalen Men-schenrechte und hat nur das eine Ziel, die internationale Wucherei zu steigern. Wir verlangen die bedingungslose Streichung der Schuldenlast und die Wiedergutma-chung für historische, soziale und ökolo-gische Schulden. Die Länder, welche die Zurückzahlung der Auslandsschulden fordern, vollziehen die Ausbeutung der Naturressourcen und der Intellektuellen des Südens.

14. Wasser, Erde, Nahrung, Wald, Saat-gut und die Identität der Völker sind All-gemeingut der Menschheit, der augen-blicklichen und zukünftigen Generatio-nen. Eine wichtige Aufgabe ist der Schutz

der Biodiversität. Die Völker haben ein Recht auf gesunde und regelmäßige Ernährung, die frei von genmanipulierten Organismen ist. Die Souveränität der Ernährung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene stellt ein fundamentales Menschenrecht dar. Und in diesem Sinne ergeben sie die fundamentalen Forderungen nach Agrarreform und Land für die Bauern.

15. Der Gipfel von Doha bestätigte die Illegitimität der WTO. Diese „Agenda der Entwicklung“ verteidigt in der Wirklichkeit einzig die Interessen der multinationalen Konzerne. Mit der Einleitung einer neuen Runde, ist die WTO ihrem Ziel näher gekommen, jeden Gegenstand in eine Ware zu verwandeln. Für uns sind Nahrung, öffentliche Dienstleistungen, Agrikultur, Gesundheit, Bildung und Gene keine verkäuflichen Dinge. Außerdem lehnen wir die Patentierung jeder Lebensform ab. Die Agenda der WTO wird auf kontinentaler Ebene durch die Abkommen zum freien Handel und Investment weiter ausgedehnt. Durch Proteste wie Demonstrationen gegen die Alca, zeigen die Völker, dass sie diese Abkommen ablehnen. Sie bedeuten die Neokolonialisierung und die Zerstörung fundamentaler Werte auf sozialem, ökonomischem, kulturellem und ökologischem Gebiet.

16. Wir wollen unsere Bewegung durch allgemeine Aktionen und Mobilisierung weiter stärken: für soziale Gerechtigkeit, für Respekt von Recht und Freiheit, für Lebensqualität und Gleichheit, für Würde und Frieden. Wir kämpfen:

- Für Demokratie: die Völker haben ein Recht die Entscheidungen ihrer Regierungen zu kennen und zu kritisieren, besonders, wenn sie internationale Institutionen betreffen. Die Regierungen müssen ihren Völkern gegenüber verantwortlich handeln. Während wir die Verbreitung der Demokratie durch Wahlrecht auf der ganzen Erde unterstützen, betonen wir gleichzeitig die Notwendigkeit der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft und den Kampf gegen die Diktatur.
- Für die Streichung der Auslandschulden und ihrer Wiedergutmachung
- Gegen Spekulationen: Wir fordern die Einführung spezifischer Steuern wie die Tobin Tax und die Abschaffung der Steuerparadiese.
- Für Informationsrecht
- Gegen Krieg und Militarismus; gegen ausländische Militärbasen und Einmischung, sowie gegen die systematische Eskalation von Gewalt. Wir ziehen es vor, Verhandlungen und gewaltlose Lösungen von Konflikten zu bevorzugen.
- Für eine demokratische und soziale Europäische Union, die sich an den Bedürfnissen der Arbeiterinnen und Arbeiter und denen der europäischen Völker orientiert sowie der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit und der Solidarität mit den Völkern des Ostens und Südens.
- Für die Rechte der Jugend, den freien

Zugang zu öffentlicher kostenloser und sozial autonomen Bildung; Abschaffung der Wehrpflicht.

Für die kommenden Jahre organisieren und mobilisieren wir kollektiv:

Im Jahr 2002: • 8. März – Internationaler Tag der Frauen – • 17. April – Internationaler Tag der Kämpfe der Bauern – • 1. Mai – Tag der Arbeiter und Arbeiterinnen – • 12. Oktober – Schrei der Ausgegrenzten – • 16. Oktober – Tag der Ernährung –

Weitere globale Veranstaltungen finden statt:

• 15.-16. März – zum Ue-Gipfel in Barcellona – • 18.-22. März – Monterrey (Mexiko), zur UNO-Konferenz über Entwicklungsförderung, • 17.-18. Mai – zum lateinamerikanisch, karibisch, europäischen Gipfel in Madrid, • 31. Mai – internationaler Aktionstag gegen Militarismus und für Frieden, • 12. Juni – Rom, zum Welternährungsgipfel, • 22.-23. Juni – Siviglia, zum UE-Gipfel • Juli – Toronto und Calgary (Canada), zum G8-Gipfel, • 22. Juli – USA, Kampagne gegen Coca Cola, • September – Johannesburg (Südafrika) zum Rio + 10. • Oktober – Quito (Ecuador), Kontinentales Sozialform? Eine neue Integration ist möglich? sowie weitere Sozialforen auf regionaler und kontinentaler Ebene, • November – Kuba, zum zweiten Treffen der Region gegen die Alca, • Dezember – Kopenhagen, zum Ue-Gipfel

Im Jahr 2003: • April – Buenos Aires (Argentinien), zum Alca-Gipfel, • Juni – Tessalonica, zum Ue-Gipfel –

WTO, Weltbank und FMI treffen wir bei jeder Gelegenheit – und wir sind da!!!

05.02.2001

„Zyklus der Dummheit“

Angriff auf die Freiheit?

Hg. Wolfgang Haug: Angriff auf die Freiheit? Die Anschläge in den USA und die „Neue Weltordnung“. Hintergründe, Analysen, Positionen. Trotzdem-Verlag, Grafenau, Dezember 2001, 128 Seiten, 12 €, ISBN: 3-931786-25-0

„Die Fernsehbilder waren herzzerrend. Brennende Menschen, die aus dem hundertsten Stockwerk in den Tod sprangen, (...) Danach sahen wir unsere Politiker im Fernsehen. Wieder war ich erschrocken und wie gelähmt. Die Politiker sprachen von Vergeltung, Rache und Bestrafung. Wir sind im Krieg, sagten sie. Ich dachte, sie haben aus der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, aus den hundert Jahren der Vergeltung, des Kriegs und der Rache nichts gelernt, absolut nichts – den hundert Jahren des Terrorismus und Anti-Terrorismus, den hundert Jahren der Gewalt und Gegengewalt und dem unendlichen Zyklus der Dummheit.“ (Howard Zinn, in: Angriff auf die Freiheit?, S. 32)

„Das Böse eliminieren? Was wäre das Gute ohne das Böse? Es sind nicht nur die religiösen Fanatiker, die Feinde brauchen, um ihren Irrsinn zu rechtfertigen. Die Waffenindustrie und der riesige Militärapparat der Vereinigten Staaten brauchen ebenfalls Feinde, um ihre Existenz zu rechtfertigen. Gut und Böse, Böse und Gut, die Akteure wechseln ihre Masken, Helden werden zu Monstern und die Monster werden zu Helden, je nach den Anforderungen der Dramaturgen.“ (Eduardo Galeano, a.a.O., S. 35)

In den letzten Monaten haben viele bürgerliche Verlage Bücher herausgebracht, die im Zusammenhang mit dem 11. September und dem Krieg gegen Afghanistan stehen. Die Regale in den Buchläden sind voll mit Bin-Laden-Biographien und anderen oft fragwürdigen Druckwerken, die nach schnell verdientem Geld riechen.

Auf ein gutes, wirklich lesenswertes Buch zum Themenkomplex 11. September und „Kreuzzug gegen den Terror“ mussten wir lange warten. Jetzt ist es da!

Während Mitte Dezember 2001 US-Piloten über Afghanistan „Daisy Cutter“ (Gänseblümchenschneider)-Bomben abwarfen, die im Umkreis von 600 Metern alles Leben vernichten, während afghanische Kinder von Streubomben zerfetzt wurden, die von den ebenfalls abgeworfenen gelben „Tagesrationsspäckchen“ kaum zu unterscheiden waren, und während gleichzeitig in westlichen Wohnstüben „Freue dich, oh Christenheit“ gesungen wurde, erschien in Grafenau ein Buch, das das Zeug dazu hat, viele Menschen aufzurütteln und ihnen die Augen zu öffnen: „Angriff auf die Freiheit? Die Anschläge in den USA und die „Neue Weltordnung“. Hintergründe, Analysen, Positionen“.

Herausgeber dieser gut und schnell lesbaren Textsammlung ist Wolfgang Haug, Trotzdem-Verleger und Redakteur des Schwarzen Fadens, „Vierteljahrsschrift für Lust und Freiheit“. In seinem ausführlichen Vorwort (S. 7-31) greift er die verschiedenen Konfliktlinien und Aspekte der Ereignisse auf und ordnet sie in eine übersichtliche Form.

Beiträge von international bekannten Intellektuellen aus Asien, Lateinamerika und den USA hat er in „Angriff auf die Freiheit?“ ausgewählt.

Ein herausragender Text ist „Die Algebra der grenzenlosen Gerechtigkeit“ von Arundhati Roy. Dieser Artikel der bekanntesten Autorin Indiens („Der Gott der kleinen Dinge“) wurde international diskutiert und hat in Deutschland für Furore gesorgt. Tagesshemen-Moderator Ulrich Wickert hatte aus der ersten deutschsprachigen Version, abgedruckt am 28. September 2001 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, folgenden Satz zitiert:

„Osama bin Laden ist das amerikanische Familiengeheimnis, der dunkle Doppelgänger des amerikanischen Präsidenten“. Wickert fügte hinzu: „Bush ist kein

Mörder oder Terrorist. Aber die Denkstrukturen sind die gleichen“.

Kampagne zur Eliminierung kritischen Denkens aus den Medien

Was dann folgte, war eine u.a. von der Bild-Zeitung und bellizistischen PolitikerInnen angezettelte, ehrabschneidende Medienkampagne gegen den Abweichler Wickert. (...)

Jetzt bietet das Buch „Angriff auf die Freiheit?“ auch den vielen Nicht-FAZ-LeserInnen die Möglichkeit den umstrittenen Arundhati Roy-Artikel in voller Länge zu genießen.

Zudem finden sich 17 weitere, bemerkenswerte Analysen und Diskussionsbeiträge.

Die Liste der „Angriff auf die Freiheit?“-Autorinnen und -Autoren reicht von Vandana Shiva (siehe Nachdruck in dieser GWR, S. 3), Trägerin des alternativen Nobelpreises, über den libertären US-Wissenschaftler Noam Chomsky, vom bekannten Kriegsgegner Uri Avnery aus Israel, über Eduardo Galeano, Saskia Sassen, Robert Fisk, Uri Tariq Ali, Ariel Dorfman, George Montbriot, Howard Zinn und Martin A. Lee bis zu Human Rights Watch.

Auf der Suche nach differenzierten Antworten fragen die Autorinnen und Autoren nach den Ursachen der Anschläge und dem Sinn, Unsinn oder der Legitimität des Krieges einer internationalen Allianz gegen Afghanistan. Die einfältige Logik von Vergeltung und Rache wird abgelehnt, die Rolle der USA als einziger „Supermacht“ und die Situation in vielen Ländern der südlichen Hemisphäre analysiert. Den weit verbreiteten Theorien, die die Anschläge als Gläubens- oder Kulturkonflikt interpretieren, wird widersprochen. Mögliche Antworten auf die aktuelle Situation in der Politik werden formuliert:

„Soll die Spirale der Gewalt gestoppt werden, dürfen die Reaktionen auf die Anschläge nicht länger militärisch geprägt sein. Sie müssen auf die Fähigkeit des Westens zur Selbstreflexion und auf der Korrektur von Fehlentwicklungen und falschen Handlungen beruhen.“ (Haug, S. 3)

Mit ihren Fragen und der Suche nach Lösungen unterscheiden sich die AutorInnen wohltuend von der von Kanzler Schröder, den meisten PolitikerInnen und Medien propagierten „bedingungslosen Solidarität“, der „Anfang November (...) 50% der Bundesbürger einen Blankoscheck ausstellten.“ (ebd.)

Fesselnd wird die Textsammlung auch durch die detaillierten Hintergrundinformationen über die Situation in Afghanistan, über die Taliban, über Bin Laden und al-Qaida, über die Nordallianz und ihre Anführer, über den Israel-Palästina-Konflikt, über die Zielsetzung US-amerikanischer Außenpolitik und die Vorgeschichte der Anschläge.

„Wer die Frage nach den Hintergründen stellt, beschäftigt sich (...) zwangsläufig mit verschiedenen Verbrechen der USA in aller Welt. Deshalb soll an dieser Stelle betont sein, dass alle erwähnten Verbrechen die Anschläge am 11. September keinesfalls rechtfertigen!“ (S. 7)

Es gehe dieser Auswahl nicht um eine Relativierung der Ereignisse, sondern darum, den Nährboden zu verstehen, aus dem sich die gegenwärtige Situation entwickelt hat, so Haug.

Aus der Geschichte des Libanon und Israel/Palästinas hätten die Islamisten gelernt, dass es gelingen kann, „mit fortwährendem Terror jeden Dialog zu torpedieren, Gegenschläge herauszufordern, den Gegner zu neuem Unrecht zu verleiten und den sogenannten ‚Heiligen Krieg‘ zu eskalieren.“ (S. 15)

Als Bush den „Krieg gegen den Terror“ ausgerufen hat, erklärte er jeden zum Feind, der terroristische Anschläge plant, ausführt und verteidigt, der wissentlich Terroristen Unterschlupf gewährt oder sie fördert. Terrorismus wird dabei verstanden als Angriff auf unschuldige ZivilistInnen. Die konkrete Kriegsrealität offenbare den unfreiwilligen Zynismus, der in solchen Definitionen stecke, so Haug. Der „Krieg gegen den Terrorismus“ stelle einen Ersatz für den Verlust des Kalten Krieges dar. „D.h. ein Mittel, um jederzeit Aufrüstung und ein ‚Mehr an innerer Sicherheit‘ der eigenen Wählerklientel zu ‚verkaufen‘.“ (S. 16)

Das Buch „Angriff auf die Freiheit?“ soll Material an die Hand geben, um eindimensionalen Argumentationsweisen zu kontern. „Es handelt sich, wie die Schriftstellerin Susan Sontag geschrieben hat, nicht um einen ‚Angriff auf die Freiheit‘, sondern um ‚einen Angriff auf die Vereinigten Staaten als Konsequenz der Politik, Interessen und Handlungen‘ der einzigen verbliebenen Supermacht. Die vorliegenden Texte sollen öffentliches Bewusstsein schaffen und ‚bedingungslos solidarische‘, politische Entscheidungsträger dazu bringen, auch eine andere Sicht der Dinge wahrzunehmen und einzubeziehen.“ (S. 30)

Kritik

In den tagespolitisch geprägten Aufsätzen finden sich auch Passagen, die Widerspruch auslösen. Etwa, wenn die Soziologin Saskia Sassen die staatsfreundliche Behauptung aufstellt, dass die „Regierungen wieder etwas mehr regieren müssen.“ (S. 79) Auch das Fazit ihres Aufsatzes über „Unentrinnbare Fallen für die reichen Länder“ stößt bei mir nicht auf Zustimmung: „Nachdem die Unterdrückten und Verfolgten in vielen Sprachen versucht haben, uns ihre Botschaft zu übermitteln, haben sie mit ihren Angriffen zur letzten noch verfügbaren Sprache gegriffen.“ (S. 81)

Die gut ausgebildeten Massenmörder von New York wurden durch eine menschenverachtende Ideologie inspiriert. Sie als „Unterdrückte und Verfolgte“ bzw. als Rächer der „Unterdrückten und Verfolgten“ zu erklären ist absurd und

ärgerlich.

Fragwürdig sind auch historische Vergleiche, wie sie Robert Fisk zieht: „Mehr als 6.000 Tote; das ist ein Srebrenica des Massakers.“ (S. 100).

Mittlerweile schätzen die US-Behörden die Zahl der am 11. September in New York und Washington getöteten Menschen auf „weniger als 2.900“.

Einiges in „Angriff auf die Freiheit?“ ist aufgrund der sich täglich überschlagenden Ereignisse mittlerweile Geschichte. Anderes wurde bestätigt; etwa, wenn Human Rights Watch befürchtet, „dass die Fraktionen der Vereinten Front Vergeltungsaktionen gegen die Taliban und die ethnischen Paschtunen im allgemeinen anstreben könnten, wenn es der Vereinten Front zum Beispiel gelingen würde, Mazar-i Sharif zurückzuerobern.“ (S. 119) (...)

Das ist nur die Spitze des Leichenbergs!

Wie viele zivile Opfer die am 7. Oktober begonnenen US-Luftangriffe bisher gefordert haben, ist unbekannt. Der US-Ökonom Marc Herold von der US-Universität New Hampshire kommt nach Auswertung verfügbarer Berichte auf mindestens 4.050 Tote bis zum 3. Januar (vgl. taz, 15.1.2002). Darin sind keine indirekten Opfer der Angriffe enthalten. Wie viele der Millionen afghanischen Flüchtlinge verhungert sind (und in diesem Winter noch verhungern werden), ist unbekannt.

„Die Hungernden werden lautlos sterben, auf den vergessenen Pfaden, die durch die Berge führen, zusammengekauert hinter Felsen, bei der Suche in den Straßen verlassener Städte, nach Wurzeln grabend auf leeren Feldern.

Die Satelliten können jedes einzelne Geschoss, das hinter einer Haubitze aufgestapelt ist, erkennen. In die Gesichter der Verhungerten können sie nicht spähen.“ (George Montbriot, S. 106)

Fazit

Die Detaillkritik an einzelnen Passagen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es der libertären Trotzdem-Verlagsgenossenschaft gelungen ist, das bisher wichtigste Buch zu den Themen herauszubringen, die seit dem 11. September überall und alles dominieren.

„Wenn Präsident Bush der ganzen Welt das Ultimatum stellt ‚Entweder ihr seid für uns oder für die Terroristen‘, dann beweist er damit nur seine arrogante Selbstüberschätzung. Vor dieser Wahl möchten die Menschen nicht stehen. Sie müssen es auch nicht. Und sie dürfen es auch nicht.“ (Arundhati Roy, S. 69)

„Angriff auf die Freiheit?“ ist ein ausgezeichneter Beitrag, der gute Argumente liefert, um den BellizistInnen, der Re-Militarisierung und dem Abbau demokratischer Freiheiten entgegenzutreten. Es ist zu hoffen, dass dieses Buch weit verbreitet wird. Unbedingt lesen!

Bernd Drücke; Quelle: Graswurzel Nr. 266, Februar 2002, gekürzt

23. Januar bis 15. März: Zukunftsdiskurse: Fünf Workshops. Die in den Gewerkschaften zur Zeit geführten Zukunftsdiskurse, die in der Zukunftsdebatte der IG Metall ein besonderes Forum gefunden haben, wollen Hans-Böckler-Stiftung und IG Metall mit Unterstützung der ISA Consult in einem Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis vertiefen. In fünf Workshops werden zentrale Ergebnisse der Zukunftsstudien in zugespitzter Form zur Diskussion gestellt:

Workshop 4: Arbeit und Leben - neue Arrangements für lebensweltliche Perspektiven, 21.2., Stuttgart, Hotel Steigenberger Graf Zeppelin, Arnulf-Klett Platz 7; u.a. mit Eckhard Hildebrandt, Andrea Maihofer, Stefanie Wahl, Katarina Spieß, Reinhard Bispinck • Workshop 5: Reformfähige Gewerkschaft, 15.3., Bochum, Hotel Holiday Inn, Massenbergstr. 19-21; u.a. mit Klaus Lang, Heide Pfarr, Wolfgang Pohl, Michael Fichter, Ulrich Zachert, Sigrid Koch-Baumgarten.

23./23. Februar, Magdeburg: *Die Linke und die Macht.* Gestaltungsmacht - Gestaltungsspielraum linker Politik. Gemeinsame Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Bildungsverein Elbe-Saale Sachsen-Anhalt und der PDS-Bundestagsfraktion.

23. Februar, Rendsburg: „Europa als militärische Weltmacht?“ Friedensforum der PDS Schleswig-Holstein. Mit Referaten von Sylvia-Yvonne Kaufmann (MdEP) und Prof. Norman Paech (Völkerrechtler, Professor an der Universität Hamburg). Kulturzentrum Rendsburg, Arsenalstrasse 2-10, 14-18 Uhr,

23. Februar, Hannover: *Armut und Reichtum in der Bundesrepublik,* 10.-18.00 Uhr, Universität Hannover, Leibnizhaus, Holzmarkt 4, Tagung der Loccumer Initiative Kritischer Wissenschaftlerinnen zur Diskussion und Veröffentlichung des Memorandums über Armut und Reichtum in der Bundesrepublik. Informationen (insbes. Memorandumstext)/Anmeldung: Gregor Kritidis, Davenstedter Str. 23, 30449 Hannover, Tel. 0511/2133062, loccumer.initiative@gmx.de, www.gfp-lin-kloc.de

3. März 2002, Bayern: Kommunalwahlen

6. März, Brüssel: *Forum Soziales Europa.* Europäisches Parlament, Rue Wiertz, Konferenz des Forum Soziales Europa über Europäische Betriebsräte (EU-Richtlinien, Zusammenhang mit der Rolle der Gewerkschaften in Europa), u.a. mit Horst Schmittbrenner, Heinz Bierbaum, Francis Wurtz, Fulvio Perini), Anmeldung (spätestens 28.1.): kdrager@europarl.eu.int, Fax: 0032/2/2841758.

16./17. März, Rostock: Parteitag der PDS

30. März - 1. April, bundesweit: Ostermärsche

21. April, Sachsen-Anhalt: Landtagswahlen

5. Mai, europaweit: Unter dem Motto „Gleichstellung - aber richtig!“ setzt sich am diesjährigen Europäischen Protesttag für die Gleichstellung behinderter Menschen um den 5. Mai herum ein breites Bündnis von Behindertenorganisationen mit einer Vielzahl von Aktionen und Veranstaltungen für die Verabschiedung und konsequente Umsetzung von Gleichstellungsbestimmungen ein. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf die Verabschiedung und Umsetzung von Beschlüssen für barrierefreie Städte und Gemeinden gelegt werden.

19. bis 26. Mai, Athen: Konferenz des Europäischen Friedensforums: *Für eine europäische Friedensordnung - Gegen die Militarisierung der Weltpolitik durch USA und NATO* (Arbeitstitel)

24./25. Mai, Köln: *Kommen und bleiben - Migration und interkulturelles Leben in Deutschland.* Eine Konferenz der RL-Stiftung

27.-31. Mai, Berlin: 17. Ord. Bundeskongress des DGB

16.-18. Juni, Frankfurt/M.: CDU-Parteitag

25.-28. Juli: *Linke Sommerschule*, Termin bitte vormerken

6./7. September, Bochum: *Internationale Rosa-Luxemburg-Tagung.* Ruhr-Universität, Wissenschaftliche Konferenz der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft zum Thema: Rosa Luxemburg und die Demokratie nach dem Ende des Kalten Krieges, u.a. mit Hermann Weber, Annelies Laschitzka, Naruhiko Ito, Ottokar Luban, Helga Grebing. Anmeldung: Prof. Dr. Klaus Tenfelde, Institut für soziale Bewegungen, Clemensstr. 17-19, 44789 Bochum, Fax: 0243/3214249

FORUM KOMMUNISTISCHER ARBEITSGEEMEINSCHAFTEN

23./24. März **DGB-Jugend-Bildungsstätte Fulda,
Magdeburger Str. 69, 36037 Fulda**
**Beginn: Samstag 10.45 Uhr,
Ende Sonntag 12.00 Uhr**

Tagesordnung:
Samstag

1. Prospekt für neue Untersuchungen. Alternative Politik und Systemkritik. Strukturierung der öffentlichen Meinung und politische Strategien
2. Arbeitsgruppen
 - a) Wirtschaftsstrategien in der Programmatik der Parteien
 - b) Ansätze in der politischen Bildungsarbeit
 3. Finanzen
 4. Wahl des Präsidiums, Arbeitsausschuss etc.

Sonntag, 9.00 Uhr

Politische Berichte: EU-Osterweiterung: Wirtschaftliche Lage der Beitrittskandidaten und Positionen der Linksparteien. Gastvorträge und Diskussion Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. Referenten: Martin Hantke, Wissenschaftlicher Mitarbeiter von Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP; Emil Hruska, Sétkani

Anmeldung:

Über die Landesarbeitsgemeinschaften oder GNN Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221-21 16 58. Wegen des Materialversands an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bitten wir um rasche Anmeldung.

Berichtigung: In der letzten Ausgabe der Politischen Berichte wurde fälschlicherweise der 16./17. 3. als Tagungstermin genannt. Richtig ist: Die Tagung findet am 23./24. März statt.